

Edda Ahrberg/Roger Engelmann/
Karl Wilhelm Fricke/Joachim Gauck/
Vera Lengsfeld/Peter Sense

Die Akten und die Wahrheit

Aktuelle Fragen der Politik Heft 49

Herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung
Redaktion dieses Heftes:
Felix Becker

Mit dem 1992 verabschiedeten Gesetz über die Stasi-Unterlagen und der Errichtung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) wurde die offizielle Grundlage zur Aufarbeitung der SED-Vergangenheit geschaffen. Die praktische Umsetzung und Erfahrungen, der Stand der wissenschaftlichen Aufarbeitung und die Aufnahme der Ergebnisse in der Öffentlichkeit bedürfen stetiger Bilanzierung.

Vorliegendes Heft enthält Vorträge einer in Zusammenarbeit mit dem BStU veranstalteten Fachkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung über "Die Akten und Wahrheit".

Die Autoren:

Edda Ahrberg, Landesbeauftragte in Sachsen-Anhalt für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Dr. Roger Engelmann, Wiss. Mitarbeiter in der Abteilung
Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke, ehem. Leiter der Ost-West-Abteilung des Deutschlandfunks, Mitglied der beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Joachim Gauck, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Vera Lengsfeld, Bürgerrechtlerin, 1988 in der DDR verhaftet, verurteilt und abgeschoben, seit 1990
MdB (B.90/Grüne, 1996 CDU)

Peter Sense, Landesbeauftragter in Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Die Reihe kann bezogen werden von der
Konrad-Adenauer-Stiftung
Referat für Publikationen
Postfach 1420
D-53732 Sankt Augustin
Telefon 0 22 41/246-264
Telefax 0 22 41/246-294
E-Mail: elisabeth.enders@kas.de

Die Hefte der Reihe "Aktuelle Fragen der Politik" können
auch im Internet unter der Adresse <http://www.kas.de>
abgerufen werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Herstellung: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
© 1997, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin
Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Stiftung
ISBN 3-931575-66-7
Printed in Germany

INHALT

Zur Einführung	... 7
Joachim Gauck: Die Akten und die Wahrheit. Fünf Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz	... 11
Roger Engelmann: Die Unterlagen des MfS. Ihr Wert als historische Quelle	... 27
Verfolgung und Überwachung – Biographische Rückblicke	
Karl Wilhelm Fricke	... 39
Vera Lengsfeld	... 45
Die Aufarbeitung der Stasi-Akten. Berichte von Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	
Edda Ahrberg: Sachsen-Anhalt	... 53
Peter Sense: Mecklenburg-Vorpommern	... 59

Zur Einführung

Das vorliegende Heft enthält Vorträge einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR am 10. Berlin 1997 veranstalteten Fachkonferenz zum Thema *"Die Akten und die Wahrheit. Fünf Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz"*.

Hinter dieser Themenstellung verbirgt sich mehr als ein rein historisch-wissenschaftliches Interesse. Betrachten wir nämlich den Gegenstand der Tagung, die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, ihren Umfang, ihren Inhalt und ihre Verwendung, so eröffnen sich erschreckende Dimensionen moderner Willkürherrschaft. 173.000 Spitzel, Zuträger, Inoffizielle und sonstige Mitarbeiter im Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit. Rund vier Millionen Dossiers über Bürgerinnen und Bürger der DDR, in denen ein Großteil der erwachsenen Bevölkerung der DDR namentlich erfaßt ist. Das beschwört George Orwells Vision des perfekten Überwachungsstaats herauf.

Viele Bürger beanspruchten nach dem Ende des Regimes das Recht auf Akteneinsicht. Sie wollten wissen, ob sich unter Freunden, Kollegen oder sogar Familienangehörigen ein Spitzel befand. Sie wollten wissen, was die Spitzel berichtet und warum sie es getan hatten. Für sie, die Opfer, ist die Einsicht in die Akten ein Akt der Selbstbefreiung.

In der Diskussion darüber, ob erstmals in der Geschichte die Akten eines Geheimdienstes geöffnet und nicht nur der Wissenschaft, sondern auch den Bürgern zugänglich gemacht werden sollten, meldeten viele verantwortliche Politiker Bedenken an. So schrieb Wolfgang Schäuble 1991: "Die Phantasie reicht nicht aus, sich auszumalen, was sich aus solchen Aktenbeständen nicht nur an Aufklärungspotential für politisches, auch strafrechtliches Fehlverhalten erschließen, sondern was damit auch an Denunziantentum und Verletzung von Persönlichkeitsrechten getrieben werden kann. Niemand wird auf die Idee kommen, daß solche unsäglichen Schnüffelakten immer nur die Wahrheit enthalten; aber keiner wird am Ende in der Lage sein, zwischen Wahrheit und Unwahrheit immer säuberlich zu entscheiden. Und niemand wird die Gefahr übersehen dürfen, daß eben im Zweifel dem Akteninhalt doch eher geglaubt wird als dem Dementi eines durch die Akten Belasteten." (Wolfgang Schäuble, *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*, Stuttgart 1991, S. 273).

Deshalb forderten andere, wie der Historiker Golo Mann, die Akten zu schließen. Der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski sprach sogar von einer "riesigen Dummheit" und diagnostizierte "deutschen Masochismus". Mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz vom 20. Dezember 1991 und der Öffnung der Akten zur "politischen, historischen und juristischen Aufarbeitung" wurde der Forderung der Opfer nach Aufklärung Rechnung getragen. Alle Observierten bekamen das Recht, ihre Akte einzusehen. Zugleich fiel mit der Entscheidung des ersten gesamtdeutschen Bundestags, eine Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur einzusetzen, eine wichtige Grundsatzentscheidung für den Umgang mit dem historischen Erbe der DDR. In der parlamentarischen Debatte um die Einsetzung einer Enquete-Kommission im März 1992 führte der Abgeordnete Gerd Poppe aus:

"Es ist seit der Öffnung der betreffenden Akten einige Unruhe entstanden. Hysterische Überreaktionen sind ebenso zu bedauern wie die mitunter zu vermutende bewußte Vernebelung von Fakten. [...] Unerträglich finde ich es, wenn die Opfer von einst nunmehr zu Denunzianten erklärt werden, einige Erfüllungsgehilfen des Regimes sich dagegen ihrerseits als Opfer darstellen. Unerträglich finde ich es auch, wenn Stasitäter als Kronzeugen aufgerufen werden, um je nach Interessenlage andere zu be- oder entlasten, wenn sie als glaubwürdig gelten, die von ihnen selbst angelegten Akten aber als unglaublich, oder wenn sie sich andererseits unter Berufung auf eine ihnen von anderen Tätern auferlegte Schweigepflicht weiterhin in ihren Villen verschanzen. Die Fortsetzung der öffentlichen Auseinandersetzung darf nicht behindert werden. [...] Die Akten selbst sind durchaus geeignet, zur Aufklärung des gesamten Repressionsmechanismus beizutragen. Sie beschreiben nicht die ganze, aber immerhin einen Teil der Wahrheit. Es handelt sich um pedantische, meist in einer entsetzlich bürokratischen Sprache verfaßte Faktensammlungen monströsen Ausmaßes, die zu ihrer Bewertung unbedingt der Erinnerung der Betroffenen bedürfen. Erst dadurch werden sie für die Darstellung des Geschehenen verwendbar." (Materialien der Enquete-Kommission *"Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland"*, Baden-Baden 1995, Band I, S. 50 f.)

Die Beschäftigung mit den Akten des MfS ist ein wesentlicher Bestandteil der notwendigen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur. Befürchtungen, daß der ganze Unrat, der hochkommen würde, das politische Klima in Deutschland vergiften könne, haben sich nicht bestätigt, weil die Opfer, so Bundeskanzler Helmut Kohl, "es verstanden haben, mit dieser düsteren Hinterlassenschaft verantwortungsbewußt umzugehen." (Helmut Kohl, *Ich wollte Deutschlands Einheit*, dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996, S. 463 f.)

Fünf Jahre nach Verabschiedung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes eine erste Bilanz zu ziehen, war das Ziel unserer in Zusammenarbeit mit der "Gauck-Behörde" veranstalteten Berliner Fachkonferenz über *"Die Akten und die Wahrheit"*.

Ein Teil der Beiträge liegt hier nun gedruckt vor. Die biographischen Rückblicke von Karl Wilhelm Fricke und Vera Lengsfeld zeigen auf unterschiedliche Weise, wie Akteneinsicht die Möglichkeit bietet, die Diktatur der SED anhand ihrer eigenen schmutzigen Hinterlassenschaft zu entlarven.

Die Berichte der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, von denen hier zwei wiedergegeben sind, waren vor allem auf Fragen der praktischen Umsetzung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ausgerichtet.

Roger Engelmann verweist in seinem Beitrag auf die Hauptfelder der Forschung und prüft die Frage des Wertes der Stasiunterlagen aus quellenkritischer Sicht. 3000 Anträge auf Akteneinsicht von Forschern belegen ein lebhaftes wissenschaftliches Interesse an der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit.

In seinem einleitenden Beitrag führt Joachim Gauck aus, gegen nostalgische Verblendung und Verklärung der DDR-Vergangenheit könne nur mit Fakten vorgegangen werden. Das Studium von Fakten sei allerdings nur ein erster Schritt auf dem Wege der Aufarbeitung gewesen. Sie beginne jetzt erst richtig. Gauck hebt hervor, daß man mit den Trägern des DDR-Systems generös umgegangen ist. Eine "Entkommunisierung" vergleichbar der Entnazifizierung habe nicht stattgefunden.

Seine Betrachtungen ins Positive wendend führt Gauck am Ende aus, man könne aus dem Studium der Akten lernen, "daß auch der Einsatz von unglaublichen finanziellen und menschlichen Ressourcen nicht die Stabilität schafft, wie eine freie Gesellschaft sie sich schaffen kann durch die Legitimation aus freien Wahlen und durch den Rechtsstaat".

Das vorliegende Heft kann nur beschränkt die offene, lebendige Atmosphäre der Berliner Fachtagung wiedergeben. Unberücksichtigt bleiben die zahlreichen Diskussionsbeiträge, unberücksichtigt bleibt das Podiumsgespräch unter Leitung von Jürgen Engert (SFB) über die Rezeption der Aktenöffnung in der Öffentlichkeit.

Gemeinsam ist der Berliner Fachkonferenz und dieser Veröffentlichung das Ziel: Wir wollen uns der Vergangenheit vergewissern, nicht um ihrer selbst willen, sondern um Vorsorge für die Zukunft zu treffen.

Dr. Günter Buchstab
Konrad-Adenauer-Stiftung
Leiter Wissenschaftliche Dienste

Die Akten und die Wahrheit. Fünf Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz

Joachim Gauck

Die Akten und die Wahrheit – das ist kein leichtes Thema. Wollte ich es umfassend behandeln, müßte ich erst ausführlich über das, was die Akten ausmacht, sprechen. Es gibt ja die unterschiedlichsten Arten von Akten. Das kann man alles ausführlich in der Literatur nachlesen, auf die ich hier verweisen will. Mit der Wahrheit ist es noch komplizierter. Ich will erst gar nicht versuchen, dieses Thema auszufüllen. Ich werde mich auf einige Anmerkungen beschränken.

Die Tagung, zu der wir hier zusammengekommen sind, findet fünf Jahre nach Verabschiedung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes statt. All denen, die meinen, wir wären nach diesen fünf Jahren allmählich fertig mit den Akten, sage ich: Die Aufarbeitung beginnt eigentlich erst richtig.

Sicher, es gibt Bereiche der Arbeit des Bundesbeauftragten, für die wir sagen können, wir kommen in absehbarer Zeit zum Abschluß. Das ist der Fall bei den Überprüfungsverfahren. Der Gesetzgeber hat uns aufgetragen, Arbeitgeber bei der Auswahl ihres Personals zu unterstützen. Die Bestimmungen des Einigungsvertrages und des Stasi-Unterlagen-Gesetzes erlauben so u.a. den öffentlichen Arbeitgebern, Personen auf ihre Zusammenarbeit mit dem MfS zu überprüfen und daraus Konsequenzen zu ziehen für die Weiterbeschäftigung, also nötigenfalls auch eine Entlassung zu betreiben.

Es ist den Landesbeauftragten zu danken, daß der von der PDS und anderen verbreitete Eindruck einer Hatz auf die ehemaligen Systemträger der DDR anhand der Statistiken widerlegt werden kann. Es hat im Gegenteil ein höchst maßvoller und höchst selektiver Wechsel der einstigen Eliten stattgefunden. So sind etwa in den Bereichen der Länderinnenministerien keineswegs alle von meiner Behörde als IM bezeichneten Personen entlassen worden, sondern sagen wir mal grob über den Daumen gepeilt 50 Prozent.

Das beste Beispiel für eine sehr zurückhaltende 'Säuberung' des öffentlichen Dienstes ist eine Zahl, die ich dem Berliner Landesbeauftragten Martin Gutzeit verdanke. Die Überprüfung der Lehrerschaft des Bundeslandes Berlin erbrachte zwar, daß 4,7 Prozent der Überprüften als IM-Belastete zu gelten haben. Der zuständige Senator hat aber nur 0,9 Prozent statt 4,7 Prozent entlassen. Das heißt, daß nur jeder Fünfte von denen, die früher als IM in den Schulen gearbeitet haben, entlassen worden ist. All die anderen sind im Dienst geblieben – natürlich neben all den ehemaligen Genossen, über die wir ja sowieso nicht den Stab gebrochen haben.

Ein großzügiges Integrationsangebot

Es wird gerne auch übersehen, daß der Deutsche Bundestag und davor schon die Volkskammer von 1990 ein unglaublich großzügiges Integrationsangebot an die einstigen Träger des Systems gemacht haben. Es wurde in Deutschland, anders als beispielsweise in der Tschechischen Republik, nicht danach gefragt, wer in der SED war oder wer dort Funktionsträger war. Wir haben eben keine "Entkommunisierung" à la Entnazifizierung beschlossen. Bei unseren polnischen Nachbarn und in vielen anderen postkommunistischen Gesellschaften steht die Entkommunisierung noch zur Debatte. Ein Dankeswort der großen Gruppe der Unaufgeklärten in der Ex-SED, daß wir eigentlich so unglaublich generös mit ihnen umgegangen sind, wir, die Demokraten, höre ich allerdings nicht. Und wenn wir uns dann anschauen, in welcher sensibler Weise die Stasi-Überprüfungen umgesetzt worden sind von den personalführenden Stellen und auch in wie generöser Weise unsere Gerichte mit der Stasibelastung von Einstigen umgehen, dann kann man allen künftigen Diktatoren in christlicher Großmut nur wünschen, auf so gnädige Demokraten zu stoßen, wie sie die einstigen Systemträger nach dem Ende der DDR in Deutschland gefunden haben.

Mein Vortrag soll bilanzieren. Aber ich warne davor zu meinen, daß wir mit unserer Aufarbeitung die wesentlichen Schritte getan hätten. Es ist eher eine Zeit, in der der Verdruß an der Beschäftigung mit der unmittelbaren Vergangenheit das öffentliche Klima prägt. Ich habe den Eindruck, insbesondere wenn ich so alt-ostdeutsches Klagen höre & in den nordostdeutschen Niederungen besonders verbreitet & daß die Mentalität meiner Landsleute jener gleicht, die die Landsleute im Westen in den Jahren 1951 und 1952 an den Tag gelegt haben. In dem Buch von Norbert Frey "Vergangenheitspolitik", aber auch in Texten von Hannah Arendt, die speziell in dieser Zeit entstanden sind, begegnen uns Meinungen und Haltungen von unaufgeklärten Zeitgenossen. Für diese Menschen ist es unerträglich, sich ihrer belastenden Vergangenheit so zu stellen, daß man von einer geistigen Befreiung sprechen könnte. Ich könnte dies mit einer Fülle von Zitaten belegen, will Ihnen aber hier nur soviel sagen: Ich verstehe meine Zeit und meine Landsleute wesentlich besser, seit ich die Berichte sensibler Zeitzeugen der Jahre 1950-53 gelesen habe.

Ich will später noch einmal darauf zurückkommen, jetzt aber erst ein paar Punkte benennen, die wir bei einer solchen Tagung als Ergebnis fünfjähriger Arbeit nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz zu berücksichtigen haben:

Öffnung der Akten als Medizin gegen Nostalgie

Die Öffnung der Akten war notwendig. Die Wirklichkeit der einstigen DDR hat sich uns in einem Maße offenbart, wie es vorher nicht möglich war & und zwar den Ostdeutschen wie den Westdeutschen. Mit dieser Aktenöffnung wurde es möglich, auf all jene Fakten zuzugreifen, die vorher geheim und Herrschaftswissen einer Elite der nicht legitimierten Macht waren. Damit haben wir im Nebeneffekt auch eine Medizin gegen die Nostalgie unserer Landsleute. Viele brauchen ja diese Nostalgie in dieser Übergangszeit von der Diktatur zur Demokratie.

Wir haben durch die Akten einen Zugewinn an Erkenntnis. Wir hatten oftmals, als wir in der Zeit der Unterdrückung lebten, ein sicheres Gefühl über das Unrecht und über den Platz, den wir in einem Unrechtssystem einzunehmen hatten. Weil die Unterdrückung alltäglich zu spüren war, war unser Gemüts- und Gefühlshaushalt fähig und imstande zu klaren Parteinahmen und Empfindungen. Aber wir hatten gleichwohl unzureichende Kenntnisse. Es haben ja nicht die Analytiker, die also, die mit einem hellen Verstand begabt sind, das Repressionssystem der DDR zureichend charakterisieren können, es gab ja das Paradoxon, daß die Neurotiker und Hysteriker der Wirklichkeit der DDR viel näher kamen, als diese hellseherischen Analytiker.

Wir haben von einer der Ausnahmen unter unseren Intellektuellen eben gehört in der Begrüßung. Der hat sich bemüht, seine Erkenntnisse an den Mann zu bringen. Zu ihm hat man dann gesagt, er habe gar keine Erkenntnisse, er habe nur Intuitionen, nur Meinungen, er sei nur krank gemacht worden. Er solle mal besser den Mund halten, er störe die seriöse politische Debatte. Was mußten sich dann erst diejenigen anhören, die nicht wie Karl Wilhelm Fricke imstande waren, von ihren Leiden zu abstrahieren und in seiner sehr menschenfreundlichen und arbeitsamen Weise über die Fakten der Unterdrückung zu schreiben? Wie war das bei denen, die sich das Recht genommen haben, aus erlittenem Leid einen ganz offenen Antikommunismus an den Tag zu legen oder manchmal gar zu schreien? Ja, was ist denn mit denen geschehen?

Dieses Land hat noch viel zu entschuldigen gegenüber denen, die mit ihrer Intuition und auch manchmal mit einer überschießenden Emotionalität Recht hatten, während die Analytiker auf eine frappierende Weise im Nebel tappten. Ich habe diese Entschuldigungen bis heute nicht gehört.

Ich finde es sehr interessant, daß wir durch die Aktenöffnung den Kreis derer, die mit wissenschaftlichen Argumenten und mit der Faktensammlung imstande sind, gegen nostalgische Verblendung zu arbeiten, erweitert haben um eine große Gruppe von Personen & die der Aktenleser &, die auf eine ganz unwissenschaftliche und unpräzise Weise imstande und auch bereit sind, ihren Anteil an der öffentlichen Aufklärung zu leisten. Das passiert in den Familien, im Freundeskreis. Das machen dann keine Historiker, keine Zeitgeschichtler. Da sprechen die, die die Zeit erlebt haben & nicht nur aus ihren Erinnerungen, sondern gestützt auf die Fakten & mit den Enkeln, mit den Kindern, mit den Freunden. Und sogar Onkel Max, der früher in der Kreisleitung der SED war, darf dann mitreden. Er konnte uns früher aus der Fülle seines Herrschaftswissens immer sagen: "Du magst ja oppositionell sein, aber das Dumme ist, daß du so dumm bist." Wir können ihm heute anders gegenüberreten. Wir können ihm heute mit wesentlich mehr Fakten begegnen.

Wir können diese Fakten aus sehr unterschiedlichen Quellen sammeln. Die Stasi-Unterlagen allein reichen niemals aus, um eine sinnvolle Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit zu realisieren. Sie sind sicher wichtig, aber es ist auch von elementarer Bedeutung, daß die Volkskammer der DDR 1990 und später ihr folgend der Deutsche Bundestag die gesamte schriftliche Überlieferung des SED-Staates der wissenschaftlichen Forschung und der publizistischen und persönlichen Auswertung geöffnet haben. Das sollte uns übrigens von dieser Fokussierung auf das Stasi-Thema wegbringen. Schauen wir doch öfter auf die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. Hier ist die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit wesentlich breiter angelegt.

Mehr über das Politbüro und das Zentralkomitee sprechen

Ich habe bereits vor drei Jahren gesagt, daß die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit scheitern wird, wenn sie sich so nachhaltig auf das MfS konzentriert. Das MfS war nicht das Wichtigste in der DDR. Die Hauptsache war, daß es eine nicht legitimierte Macht gab, die von einer Elite ausgeübt wurde, von einer Oligarchie, die sich nicht legitimieren ließ. Das ist zu keiner Zeit ihrer Herrschaft. Deswegen ist es notwendig, daß wir in der öffentlichen Debatte den einstmaligen herrschenden Kommunisten nicht ständig den Gefallen tun, über das Zweitwichtigste, das MfS, und das Drittwichtigste, die IM zu sprechen. Das ist auch wenn wir nicht so eine große Behörde zur Aufarbeitung der SED-Vergangenheit haben, wie wir sie mit meinen über 3.000 Mitarbeitern zur Aufarbeitung der MfS-Vergangenheit haben. Wir müssen mehr über das Politbüro und das Zentralkomitee sprechen. Wir werden natürlich besser darüber sprechen können, wenn wir deren Akten kennen und nicht nur unsere Gefühle und unsere Erinnerungen haben.

Es gibt kluge Menschen, die die Sünde unseres Jahrhunderts mit der Neigung zum Nichtwissen beschrieben haben. Das lasse ich jetzt aus. Das ist ein eigenes philosophisches, psychologisches und zeitgeschichtliches Thema und hat sogar ein bißchen Theologie in sich. Dazu habe ich nicht die Zeit. Es ist einfach wichtig noch einmal daran zu erinnern, daß wir der Diktatur und ihren Helfern jetzt gut informiert entgegentreten können. Wir gleichen damit jenen Verlust an Wirklichkeit aus, von dem Hannah Arendt sprach, als sie 1950 ihre einstige deutsche Heimat wieder besuchte. Sie kommt nach Deutschland und findet bei der Masse der Deutschen neben einem erstaunlichen Fehlen an emotionaler Nähe, Mitgefühl und Solidarität zu den Opfern einen weiteren Verlust vor, den sie in einer kleinen Schrift von 1950 „Besuch in Deutschland“ beschreibt. Sie nennt dies Verlust an Wirklichkeit. Und sie erläutert es so: Menschen, die unter totalitärer Herrschaft leben müssen, gewöhnen sich daran, nicht mehr ihrem eigenen Zugang zu den Fakten und zur Realität zu vertrauen, denn dieser Zugang zu Fakten und Realität kann ihnen gefährlich werden. Sie lernen vielmehr, die Meinung der Herrschenden über die Fakten und über die Realität für wichtiger zu erachten, als Fakten und Realität selbst. Da in einer Diktatur der Diktator so Hannah Arendt die Möglichkeit hat, jede Wahrheit zur Lüge zu machen und jede Lüge zur Wahrheit, sind die Tatsachen tatsächlich relativ bedeutungslos. Wichtig für das eigene Fortkommen und Überleben ist hingegen zu erkennen, was meine Regierung für eine Ansicht über die Fakten, die mich umgeben, hat. Und je weiter derjenige, der in der Diktatur lebt, sich der Meinung seiner Oberen zur Realität annähert, desto besser ist für ihn gesorgt. So gibt es ein uraltes Kommando aller Formen von nicht legitimer Herrschaft an die Unterworfenen: „Beuge Dein Haupt, habe Angst und richte Dich danach, was ich für Wirklichkeit halte. Und wenn Du das tust, wird es Dir gut gehen.“ Deshalb sind sich die Diktatoren aller Diktaturen so ähnlich. Ihre Ideologien können ja höchst unterschiedlich sein. Wie die Fahnen, die sie auf unseren Türmen aufziehen. Aber sie verbreiten alle jenes Herrschaftssignal, über das ich eben gesprochen habe. Deswegen ist es relativ unerheblich, wie sie ihre ideologischen Versatzstücke schreiben oder wie sie ihre ideologischen Wahrheiten inszenieren. Interessanter ist es, die Ausübung und die Faktizität von Herrschaft und die Abwendung von der Realität zu vergleichen.

Die Diktatur ruft einen Verlust an Wirklichkeit hervor

Bei diesem Vergleich entdecken die Demokraten unglaubliche Ähnlichkeiten trotz der so unterschiedlichen Ideologieansätze der Diktaturen. Die Ähnlichkeiten im Umgang mit der unterdrückten Bevölkerung, mit der Wahrheit, mit der politischen Macht. Ich habe das einmal so formuliert: Die Unterdrückten der verschiedenen Diktaturen sehen mir zu ähnlich aus, als das ich glauben könnte, daß die Unterdrücker einander fundamental unähnlich wären. Das sage ich allen, die meinen, wir dürften nicht mit delegitimierender Absicht über die kommunistische Diktatur sprechen, wir dürften die kommunistische Diktatur nicht einmal kommunistische Diktatur nennen.

Vor 15 Jahren, als Fricke anfang zu arbeiten, galt eine solche Wortwahl natürlich schon im Grunde als die Fahrkarte in die Welt der nichtwissenschaftlichen Betrachtungsweise. Dies dürfen wir nicht vergessen. Wir dürfen nicht ihre Denkblockaden, ihre Vorlieben und ihre unaufgeklärte Art zu glauben, die sie ja für Politik erklärt haben, noch im Nachhinein übernehmen und dann in der Erinnerung an diese Denkblockaden scheitern. Wer das täte, würde den Auftrag, den er als Mensch bekommen hat, nämlich seine Wirklichkeit zu erkennen und zu gestalten, in doppelter Weise mißachten. Er hätte einmal als Zeitgenosse schon das Pech gehabt, nur Vorgaben philosophischer, politischer und erkenntnistheoretischer Art gefolgt zu sein und würde dann, wenn es darum geht, sich in der Geschichtsaufarbeitung der Wahrheit zu nähern, ein zweites Mal solchen Vorgaben folgen. Da wollen wir natürlich nicht mittun. Und deshalb sind solche Tagungen, wie auch jede ernsthafte Debatte und jedes ernsthafte Erinnern im ganz unwissenschaftlichen Rahmen, so unglaublich wichtig.

Wenn wir Hannah Arendts Auffassung teilen, daß die Diktatur auch deshalb schädlich ist, weil sie einen Verlust an Wirklichkeit hervorruft, dann werden wir uns auch voller Besorgnis fragen, wie es denn wohl aussehen mag, wenn diese Diktaturen mit ihren Denkblockaden und Einseitigkeiten nicht nur zwölf Jahre, wie sie es für Westdeutschland nach dem Kriege beschreibt, sondern zwölf plus 44 Jahre gedauert hat. Wir haben mit großer Ernsthaftigkeit wahrzunehmen, daß nicht allein solche Verbrechen wie millionenfacher Mord etwas über die Qualität eines Systems aussagen. Auch die auf Dauer organisierte Wegnahme von Menschen- und Bürgerrechten deformiert und verwandelt eine Gesellschaft.

Jetzt kommen wir zu einem anderen Aspekt der Aufarbeitung. Neben der Möglichkeit, mit Hilfe von schriftlichen Quellen einen neuen Zugang zu Wirklichkeit und Fakten zu erlangen, brauchen wir den Zeitfaktor für einen anderen Veränderungsvorgang in uns Menschen. Ich spreche von dem Veränderungsvorgang der habituellen Teile der Personen. Unsere Intelligenz, die intelligiblen und intelligenten Schichten der Persönlichkeit, hat einen rascheren Veränderungsmodus als die Mentalität und die Haltung der Menschen. Als 1948, ich verweise immer und immer wieder darauf, das Allensbacher Institut die erwachsene westdeutsche Bevölkerung fragte: "Glauben Sie, daß der Nationalsozialismus eine gute Sache war, die nur schlecht gemacht worden ist?", antworteten 57 Prozent unserer westdeutschen Landsleute: "Ja, das glaube ich". Und dann gab es 24 oder 25 Prozent, die konnten sich nicht entscheiden, ob der Nationalsozialismus eine gute oder schlechte Sache sei. Und deutlich unter 20 Prozent unserer Landsleute von 1948 wußten, daß der Nationalsozialismus keine gute Sache war.

Ein Déjà-vu-Erlebnis

Diese Antworten stammen nicht aus der Zeit der Diktatur selbst, als angeblich ja alle nichts wußten. Sie stammen aus einer Zeit 3 drei Jahre nach Kriegsende 3, als in unseren Wochenschauen schon manches zu sehen war, als die Weimarer schon nach Buchenwald geführt worden waren, als sogar einige Autoren schon darüber geschrieben hatten und wichtige politische Zeitschriften erschienen. Sie stammen aus einer Zeit, als alle unsere Lehrer, unsere Beamten schon aufzusagen wußten, was sie aufsagen mußten, um wieder in den öffentlichen Dienst hineinzugelangen. Das konnten die am hellen Tage alles aufsagen. Aber in der Anonymität einer Meinungsumfrage oder auch einer Wahlkabine kam Erschreckendes zutage. Und die Leute, die in der Nazi-Zeit mutig genug waren, Oppositionelle in Deutschland zu sein 3 heute würden wir sagen Dissidenten 3 oder die gar mehr aus Zufall draußen waren, die hatten es unendlich schwer. Selbst Marlene Dietrich, keine Politologin, sondern diese langbeinige Schönheit mit ihrem wahnsinnigen Sex-Appeal, die mochten die deutschen Männer nach dem Kriege nicht wieder in Deutschland sehen. Opa Max hatte gegen den Iwan gekämpft, und sie hatte bei den Amis getingelt, hieß es. So etwas wollte man in Deutschland nicht sehen. Das hörte man auch 1961 noch 3 das muß man sich einmal vorstellen. Wir könnten auch fragen, wann die Männer des 20. Juli endlich für würdig befunden wurden, Namenspatrone für Kasernen oder Schulen zu werden. Wir merken, wenn wir uns diese Zeit anschauen oder wenn wir ein solches Buch wie das erwähnte von Frey lesen, wie erschreckend langsam sich Mentalität und Haltung verändern. Es ist wichtig, daß wir diese unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten begreifen. Es gibt übrigens wenig Literatur darüber. Für mich war es wichtig geworden, weil ich mit dieser Erkenntnis meine Landsleute wieder besser verstehen konnte. Ich habe mich umgeschaut in meinen nordostdeutschen Niederungen und all die Verirrten angeguckt, die 1989 so intensiv Freiheit wollten und jetzt gedanklich ins Schleudern kommen, wenn sie auf die DDR-Vergangenheit gucken. Sie erinnern sich, so wie meine Oma sich an den Nationalsozialismus erinnerte. "Weißt Du Jochen", sagte sie in den 50er Jahren zu mir, "es war auch nicht alles schlecht. Der Führer hat die Autobahnen gebaut, es gab Vollbeschäftigung und keine Kriminalität."

Ich habe ein Déjà-vu-Erlebnis, wenn ich jetzt nach Hause komme und meinen sehr antikommunistischen alten Vater sprechen höre: "Weißt du Jochen, es war ja auch nicht alles schlecht. Wir hatten die Kindergärten, die Vollbeschäftigung, und eine alte Frau konnte abends mit Handtasche allein über die Straße gehen", was sie jetzt angeblich nicht mehr kann. Das also von einem Mann, der weiß Gott davor gefeit war, irgendein Anhänger des Systems zu sein.

Wir begegnen also einer Unfähigkeit der Zeitgenossen, teilweise auch unserer eigenen Unfähigkeit, zur genauen Erinnerung an die Zeit der Diktatur. Das ist eine ganz wichtige Sache, daß es so etwas auch immer gibt nach solchen Zeiten der Unfreiheit. Es hat uns schon zu interessieren, daß die Mehrheit der Menschen 3 oder zumindest große Teile der Bevölkerung 3 immer noch gebunden ist in der Haltung des Untertans, obwohl ja die Freiheit schon gekommen ist und die Prägung durch die Diktatur aufgehört hat. Sie sind tiefer gebunden als nur durch Wissen und Ideologieprägung. Sie sind geprägt durch eine bestimmte Art, am Leben teilgehabt zu haben. Wir könnten es auch so ausdrücken: So lange wie wir gelebt worden sind, werden wir brauchen, um unsere Haltung und Mentalität zu befreien. Es ist wichtig, diese zwei unterschiedlichen Geschwindigkeiten von Veränderung nach Systembrüchen zu begreifen, denn wir müssen deswegen auch unterschiedliche Formen von Lernen entwickeln. Es genügt eben nicht, wenn wir uns nur über Fakten unterhalten. Es ist sicher wichtig, gerade wenn wir Hannah Arendt folgen, die Fakten neu in Besitz zu nehmen, weil dies ein Teil der geistigen Gesundung und der intellektuellen Gesundung ist. Aber es reicht nicht aus. Wir werden immer wieder erleben, sogar auf wissenschaftlichen Tagungen, daß plötzlich einer der Unterdrückten es nicht erträgt, daß die Wirklichkeit, die ihn krank und kaputt gemacht hat, nun zerpfückt wird in einer Sprache der Wissenschaft, die empfindungsarm ist und die an seinen Erfahrungen vorbeigeht, daß einer rausplatzt und alle auf einer wissenschaftlichen Tagung ganz peinlich berührt sind. Sie wollten Wissenschaft betreiben und den Blick schärfen, und jetzt ist Seelsorge angesagt. Sie spüren dann mitunter, wie komplex politische Entfremdung ist, die die Diktatoren mit uns veranstaltet haben. Die Entfremdung ist nicht nur eine Entfremdung der Strukturen, sondern sie greift bis ins Innerste von Menschen. Und deshalb bedürfen wir dieser unterschiedlichen Arten der Anregung, der intellektuellen Bemühung. Wir brauchen dabei auch die Bereitschaft, uns selber zu ertragen in unseren Irrtümern; die Annäherung an die Bereiche des gelebten Lebens, wo uns die Erinnerung weh tut. Da muß ich dann zu mir selbst sagen: "Mein Gott, da hattest du dich aber ganz gut eingerichtet in deinem Untertanensein."

Psychische Gesundheit wird noch lange dauern

Ich selbst zum Beispiel wollte immer ein fröhlicher evangelischer Pastor sein. Ich kann Sie beruhigen, es ist mir gelungen. Für die Öffentlichkeit ist alles bestens. Was da in meinem Inneren passiert ist, das ist eine ganz andere Sache. Was ich mit meiner Wut darüber gemacht habe, daß ich als halbwegs intelligenter Zeitgenosse Wahlen absolvieren mußte, wie sie in der DDR vorgeschrieben waren. Ich war ja gar nicht wütend darüber. Ich fand das ätzend, ich habe es ironisiert. Aber die Gefühle, die dazu gehörten, die habe ich nicht gehabt. Und selbst als meine eigenen Söhne nach dem Westen gingen, habe ich das Gefühl der Trauer und des Abschiedes nicht leben wollen, weil es meinen Optimismus gestört hat. Ich kann, weil wir hier nicht im Psychokolleg sind, davon natürlich nur in Andeutungen sprechen. Aber es ist wichtig, daß wir uns diese Andeutungen zumuten. Dahinter steht eine sehr komplexe psychische Wirklichkeit. Wir haben eine Menge Dinge zu tun, die über das Lesen von Akten hinausreichen.

Wenn ich über die Akten rede, will ich auch gleichzeitig daran erinnern, daß das überaus wichtige zur Kenntnis nehmen von Fakten, die uns verborgen waren, nur die halbe Miete ist. Diese Arbeit ist relativ schnell und relativ einfach zu erledigen, obwohl wir Unmengen von Akten haben. Wir allein haben schon 180 Kilometer.

Dann kommt aber der zweite Schritt. Darum wird die Aufarbeitung einer jahrzehntelang wirkenden Diktatur, die mehrere Generationen geprägt hat, niemals, auch nicht bei der nächsten Konferenz in fünf Jahren, zu bilanzieren sein. Wir sind dann einige wichtige wissenschaftliche Schritte weiter, aber in der psychischen Gesundheit sind wir noch lange nicht an dem Punkt, an dem wir eine vorläufige Bilanz ziehen könnten.

Ich hoffe, daß solche Warnungen und auch diese Anmerkungen zu meinen eigenen Lernschritten Sie dazu anregen, auch Ihren eigenen Schwerpunkt noch einmal neu zu überdenken.

Wo will ich eigentlich ansetzen, wenn ich mich mit der DDR-Vergangenheit auseinandersetze? Ich glaube, daß wir da jeweils eine eigene Herangehensweise brauchen, weil es wichtig ist, auf all diesen Ebenen zu arbeiten. Es muß nicht jeder ein Zeitgeschichtler sein und ein Politikwissenschaftler. Es ist natürlich nützlich, daß wir uns gewisse Grundlagen politikwissenschaftlichen Wissens aneignen. Wieviele meiner Diskutanten im Osten begegnen mir mit einer Begrifflichkeit und einem Weltbild des unaufgeklärten Kommunismus, obwohl sie selber gar nicht Kommunisten waren? Sie benutzen diese Begrifflichkeit, einfach weil sie es so gelernt haben. Aber dieses Grundwissen reicht nicht aus.

Ich möchte jetzt noch einmal auf den leichteren Bereich, der auch schon schwierig genug ist, auf den Bereich der Faktensicherung zurückkommen. Ich möchte noch mal kurz etwas zum Konvolut der MfS-Akten sagen und damit zur Rolle des MfS.

Was ist der Gewinn der Aktenöffnung?

Ich habe früher in Vorträgen öfter gesagt: Schauen Sie, es bringt manchmal einen Gewinn, wenn man wissen will, was eine Uhr ist, nicht nur die Vorderseite mit den Zeigern anzuschauen, sondern den Rückdeckel aufzumachen und sich in die Technik zu vertiefen. Und ich habe mit diesem Bild zu erklären versucht, was der Gewinn ist bei der Öffnung der Akten des Geheimdienstes. Hier besichtigen wir nämlich jene Substrukturen, die der Unterdrücker wohlwissend den Unterdrückten verborgen hatte. Er hatte ihnen ja eine bestimmte Staatslehre vermittelt, und ein Teil dessen, was er vermittelt hat, ist auch richtig. Natürlich konnte man in der DDR auch etwas über DDR-Politik lernen. Dabei wurden dann die Strukturen der DDR erläutert. Das war die Vorderseite der Uhr, die man studieren durfte: Es gibt ein Politbüro, das sich aus dem Zentralkomitee heraus wählen läßt, dann gibt es auch noch einen Staatsapparat. Es gibt Ministerien, es gibt sogar Gerichte, obwohl sie eigentlich überflüssig sind, wenn man eine Partei hat, die alles weiß. Aber es gibt sie, und sie sind auch in einer besonderen Weise organisiert. All das kann man natürlich lernen. Und es gab auch Lehrbücher dafür. Nun ist mit der Öffnung der Stasiunterlagen ein Teil dieser Lehrbücher mit ihren Wahrheiten obsolet geworden.

Einige Forscher haben die Ausfahrt zur Erkenntnis verpaßt

Interessant ist es, nun einmal zu erkunden, was dort gelehrt wurde, wo die Wissenschaft nicht ideologisch gegängelt war, dort, wo es wie etwa an der Freien Universität in Berlin die Möglichkeit einer umfassenden Forschung und einer übergreifenden Analyse gegeben war. Es ist sehr interessant anzuschauen, wie einige hochbegabte Forscher einfach die letzte Ausfahrt zur Erkenntnis der politischen Wahrheit verpaßt haben: Sie haben an solchen Erkenntnissen, wie sie Karl Wilhelm Fricke etwa vorgetragen hat, glattweg vorbeiphilosophiert und vorbeigeforscht. Das waren keine besonders böartigen Menschen, auch keine Verräter. Sie waren sogar fortschrittlich, weil sie in einer Welt, wo die Widersprüche so störend waren und die Feindbilder so ätzend und politisch so schädlich, sich abgemüht haben, die Feindbilder zu minimieren. Wenn man allerdings Feindbilder abbauen will, wo tatsächlich unversöhnliche Gegensätze aufeinanderprallen, so ist das weder intellektuell noch moralisch besonders verdienstvoll, es ist vielmehr intellektuell wie moralisch verwerflich.

Ich spreche hier gar nicht von Politik. Das ist eher eine wissenschaftsphilosophische und auch eine psychologische Frage. Tatsache ist, daß es interessanterweise im Westen eine soziokulturelle Prägung gab, die westdeutsche Forscher gehindert hat, der Wirklichkeit nachzuspüren. Die Feinheit der Herrschaftstechnik, aber auch die Verwandlung von Herrschaftstechnik von der nackten Repression der Stalinzeit zu einer informationssammelnden, informationsverschriftlichenden und informationsvernetzenden Tätigkeit der Herrscher und ihrer Repressionsorgane – das ist doch ein hochinteressanter Forschungsgegenstand für Demokraten.

Aber es gibt verwirrte Landsleute in Ost und West – denken Sie an Frau Dahn, die die Diktatur der DDR die "Diktatur mit Samtpfötchen" nennt, oder Günter Grass, der von der kommoden Diktatur spricht –, die sich durch die schöngemalte Fassade einer Diktatur, die nicht mehr mordet, ihre Erkenntnisfähigkeit rauben lassen. Sie begreifen dann die Verwandlung von Herrschaftstechnik als eine Humanisierung des Politischen. Natürlich können wir ihnen folgen und sagen, wenn nicht mehr gemordet wird, ist das eine Humanisierung des Politischen. Aber warum ausgerechnet linke und liberale Intellektuelle die Verwandlung von Citoyens in Untertanen als Kavaliersdelikt begreifen oder gar ignorieren, das muß mir erst noch einmal einer erklären.

Die Verwandlung des Citoyen in einen Untertan mit Perfektion betrieben

Gerade von dieser Seite ist doch zu erwarten, daß der Angriff auf den Citoyen – wir haben ja in Deutschland nur dieses Wort, wenn wir ausdrücken wollen, was wir wirklich meinen –, daß der Angriff auf diesen in drei Jahrhunderten europäischer Politik gewachsenen Typus in radikaler Weise abgewehrt wird. Merken denn diese Leute nicht, wenn sie ihre "Diktatoren mit den Samtpfötchen" besichtigen, daß der intelligente, moderne Diktator eben längst gelernt hat, nicht so blöd wie Hitler oder Stalin zu sein? Er kann ja, indem er auf eine zivile Weise Angst macht oder indem er, was die Fürsten schon konnten, Privilegien vergibt und so auf vormoderne Herrschaftsformen zurückgreift, eine höchst gefällig wirkende Kleinbürgerdiktatur erzeugen. Solch ein Regime hätte dann, wenn man das nur intelligent weitergemacht hätte, schließlich sogar die freie Wahl wagen können. Ich meine – ich wage das nicht zu imaginieren, aber ich kann mir ausdenken –, daß es Formen von intelligenter Diktatur gibt, die sogar mehrheitsfähig sind. Und schauen Sie sich einige unserer konservativen Politiker an, mit welch glühenden Augen sie auf die autoritären Regime in Asien schauen, wo es mit der Wirtschaft so gut ist und die Straßen so sauber sind. Da kann man sich doch wohlfühlen.

Die Neigung, nicht legitimierte Herrschaft so darzustellen, daß sie eigentlich ganz menschenfreundlich aussieht, die ist doch nicht in einem bestimmten System zu Hause. Diese Neigung tragen wir als Mitgift aus unserer Geschichte in uns.

Aber wir wollen ja hier nicht philosophieren, sondern zurückgehen zu unseren konkreten Aufgaben. Ich habe mich eben kritisch mit denen auseinandergesetzt, die aus der Modernisierung und Humanisierung von Herrschaftstechnik ableiten, daß die DDR keine Diktatur mehr war. Und ich habe sie daran erinnert, daß eben diese Diktatur die Verwandlung des Citoyen in einen Untertan mit großer Perfektion betrieben hat. Und das eben erkennen wir, wenn wir uns die Feinstrukturen ihrer Herrschaftstechnik in den Stasiunterlagen ansehen. Deshalb werden diese Akten auch so gehaßt. Deshalb erklärt man diese Akten zu Phantasiekonstrukten. Viele unserer Stasihauptlinge, die jetzt den Verstrickten beistehen, heben notfalls ihre Arme und Beine zum Schwur, was sie alles für Kunstprodukte gefertigt hätten. Sie haben natürlich längst gewußt, daß wir 1989 ihre Arsenale stürmen würden und haben in weiser Voraussicht all diese Fälschate angelegt, auf die sie jetzt lächelnd herabblicken.

Wenn die Leute sich aber lange genug mit den Quellen beschäftigt haben, dann hört man diesen Schwachsinn nicht mehr. Dann sind die Quellen wie alle anderen Quellen auch: Sie sind wahr und sie sind unwahr. Ich habe keine Zeit, hier über diese Rivalität zu sprechen. Wir haben dazu mit unserer Fachabteilung diskutiert und unter Leitung von Roger Engelmann, der gleich zu Ihnen sprechen wird, ausführlich Stellung genommen. Das Thema ist bearbeitet und für das populäre Verstehen sei hinzugefügt, es gibt überhaupt keine schriftliche Überlieferung, die die Wahrheit enthält. Das gibt es nicht. Es gibt immer nur Näherungswerte. Und selbst in den großen Sammlungen unserer rechtsstaatlichen Polizei, unserer rechtsstaatlichen Gerichte, unserer hochwissenschaftlichen medizinischen Universitätskliniken gibt es eine Sammlung von Wahrheiten und Unwahrheiten, bestehend aus Fehldiagnosen und daraus abgeleiteten Fehltherapien, bei Gerichten aus Zeugenaussagen von Lügner, von Dummköpfen. Einige Zeugen sind eben nur intelligent, einige sind intelligent und wahrheitsliebend. Und all das ist in den Akten unserer Gerichte als ein buntes Gemisch. Und wo ist die Wahrheit? Die Wahrheit entsteht, indem sich rechtschaffene Menschen, die das Gesetz achten, mit all diesen schriftlichen Zeugnissen und mündlichen Einlassungen befassen und dann aus dieser Überlieferung ihr Bild von der Wahrheit zusammensetzen. So ist das mit der Wahrheit in den Quellen. Und leider ist es sogar so, daß die Allerweisesten mit dem Schriftgut, was sie hinterlassen, uns bestenfalls 98,2 Prozent der Wahrheit anbieten. Weil auch sie ja von sich selber sehr genau wissen, daß sie irrtumsfähig und irrtumsmächtig sind. Also ist es müßig, über die Akten und die Wahrheit zu sprechen. Diese kleine Bemerkung war ich Ihnen noch schuldig.

Wir würden ohne diese Akten einen Erkenntnisverlust erleiden

Nachdem ich über die Prägungsmechanismen der Diktatur gesprochen habe und über die Bedeutung des Faktenstudiums, ist es mir zum Schluß doch noch einmal wichtig, Ihnen zu sagen, daß der Zugang zu den Unterlagen nicht nur für die Psyche der Betroffenen von Bedeutung ist. Es ist unglaublich wichtig, daß zwei deutsche Parlamente im Zuge eines Perspektivenwechsels nicht die Persönlichkeitsrechte der Täter, sondern Freiheit und Würde der Opfer für konstitutiv erachtet haben bei der Erarbeitung des Gesetzes zu den Stasi-Unterlagen. Deshalb hat der Oppositionsabgeordnete Gerald Häfner vom Bündnis 90/Die Grünen im vergangenen Jahr im Deutschen Bundestag das Stasi-Unterlagen-Gesetz als ein Schmuckstück der bürgernahen Gesetzgebung bezeichnet.

Ich will noch einmal betonen, daß wir einen Erkenntnisverlust erleiden würden mit der irrigen Annahme, wir könnten ohne diese unangenehmen Akten ausreichend Annäherung an die Wirklichkeit betreiben. Ich habe schon gesagt, daß wir dazu aber nicht nur Geheimdienstakten brauchen. Wir brauchen die SED-Akten und die Staatsakten und andere Zeugnisse mehr aus ganz privatem Besitz. Ohne dies, ohne diesen Zugang, ohne diese Öffnung, ist eben die Wahrheit nur wesentlich später und wesentlich eingeschränkter zu erlangen. Es geht nicht darum, ob wir die Wahrheit haben, wenn wir die Akten haben. Man kann mit einer Fülle von richtigen Fakten zu unsäglichen Schlüssen gelangen. Es gibt keine Garantie. Aber eins ist sicher: Wenn wir sie mißachten und nicht benutzen, wird der Erkenntnisgewinn geringer sein. Das ist für einen Wissenschaftler natürlich eine eminent wichtige Aussage. Und schon allein deshalb wird niemand, der wirklich interessiert ist, darauf verzichten, die Akten zu nutzen.

90.000 Hauptamtliche und 174.000 IM für 17 Millionen Einwohner

Ich habe ja vorhin gesagt, wir sollten nicht so viel an die Stasi denken, sondern mehr an die SED. Dann kommen wir noch einmal zu der politischen Frage, wo wir die Repressionsorgane, die Ideologie und Geheimpolizei der Diktaturen in unserem politischen Weltbild ansiedeln. Es ist eben nicht nur so, daß sich da eine Gruppe von Neurotikern zusammengetan hat. Man schaut auf diese gigantischen Repressionsorgane mit 90.000 Hauptamtliche für weniger als 17 Millionen Einwohner und überlegt, was Johannes Rau tun müßte, wenn er sich so sichern wollte wie Honecker. Braucht er dann nicht auch für seine 17 Millionen NRW-Bürger 90.000 Leute von der Geheim- und Ideologepolizei und dazu noch 174.000 inoffizielle Mitarbeiter? Das sich vorzustellen ist unmöglich, weil wir dann plötzlich in die Gefilde der Neurose eintreten. Trotzdem müssen wir unseren Landsleuten aus dem Westen sagen, sie sollten sich das einmal vorstellen. Und nun kommt das Schlimmere, was sie sich durch den Kopf gehen lassen müssen: Bitte stellt Euch vor, Ihr lebt dort mit Johannes Rau und 90.000 und Ihr merkt nicht, daß Ihr die 90.000 habt. Ihr seid schon so verwandelt und schon so gewöhnt an die Diktatur, daß Ihr denkt, das sei ein ganz normales Leben. Ihr grinst einige Intellektuelle aus anderen Breiten an, und die sagen zu Euch, ist ja schrecklich bei Euch. Und Ihr sagt, wie bitte? Das ist eine Alternative. Eine höchst interessante Alternative, ein Versuch.

Niemals hat ein Volk sich das gewählt

Wissen Sie, man muß eben manchmal auch in die Niederungen ganz normaler menschlicher Gespräche hinabsteigen, um deutlich zu machen, was in wissenschaftlicher Formulierung einfach so durchrauscht durch unser Gehirn. Ich sage das noch einmal in einer anderen Sprache. Es ist eminent wichtig, sich eines deutlich zu machen: Es hätte niemals eine dauernde kommunistische Herrschaft gegeben ohne diese Repressions-, Unterdrückungs- und Geheimpolizeiapparate. Niemals hat ein Volk sich das, was sie Sozialismus nannten, gewählt.

Daraus ergibt sich die interessante politikwissenschaftliche Frage nach der Rolle dieser Repressionsinstrumente. Sie zu untersuchen, dafür waren wir uns ja früher zu fein. Wir waren uns zu fein dafür, ein System wissenschaftlich zu reflektieren, das ja nur existieren kann, wenn es Stabilität mit Hilfe solcher Organe schafft. Es lohnt sich, diese Art von Stabilität zu betrachten. Dies ist unglaublich wichtig, nicht nur bei totalitären, sondern auch bei autoritären Regimen. Es lehrt uns eine Menge auch darüber, wie wir eigentlich Stabilität gewinnen in den Demokratien. Es ist unglaublich wichtig zu sehen, daß man in einer Gesellschaft Sicherheitsstandards einführen kann, obwohl diese Gesellschaft grundlegende Elemente von Stabilität, nämlich Legitimation und Legitimität, nicht anbietet. Und wenn wir das Fehlen von Legitimation bei Herrschaftssystemen reflektieren, dann fragen wir uns natürlich, wie kommt es dann, daß sie Stabilität erlangen können. Woher kommt das? Und das muß für einen an Politik und Geschichte interessierten Menschen von Bedeutung sein, diese verschiedenen stabilisierenden Faktoren zu analysieren und zu erkennen. Auch für einen Demokraten. Welche Rolle also hatten diese Ideologien und die Geheimpolizeien. Und wir spüren plötzlich diese Mischung von Arroganz und Neurose der Mächtigen. Arrogant sind sie, weil sie sich nicht legitimieren lassen. Und weil sie nicht legitimiert sind, werden sie neurotisch und schaffen sich Feinde. Und dann kommt es dahin, daß sie eine wirkliche Parteigängerin wie Christa Wolf, eine Frau, die für sie dachte und mit ihnen dachte, schon allein deshalb zur Feindin machen, weil sie anders fragt und weil sie anders schreibt. So neurotisch wird man dann. Dann ist es ganz klar, daß man alle Kirchenleute und Prenzelberg-Lyriker und wilde Maler auch noch zu Feinden erklären muß. Und irgendwann sind sogar die Schwulen Feinde, nur weil sie schwul sind. In einem anderen Regime wird man Feind, nur weil man Zigeuner ist oder weil man Jude ist. Wenn man nun die Repressionsorgane nicht hätte, dann wäre der Mangel an Legitimation tödlich für das System. Deshalb brauchen diese Systeme diese Ersatzstabilisatoren, diese Riesenarmee, die sogenannte Volkspolizei, und insbesondere die Geheim- und Ideologepolizei und ihre Ableger in alle Gesellschaftsschichten hinein, wo diese, und das ist das Neue, nun steuernd wirken. Es sind nicht nur Kontroll- und Informationssammelstellen, sondern es gibt einen fließenden Übergang zu Steuerungsmechanismen.

Aber das Interessante und Tröstliche ist nun, daß die massenhafte Herstellung von Sicherheit durch Sicherheitsorgane nicht zu Sicherheit geführt hat, sondern Ð um einen psychologischen Begriff zu verwenden Ð zu Übersicherheit. Und dieses Element von Übersicherheit, das im Grunde die Partei und den Diktator in jedem Bereich bis in den Sportverein präsent macht, ist dennoch auf eine merkwürdige Weise instabil. Das ist das politische Paradoxon, das nicht nur die abgewickelten Diktatoren, sondern das auch wir als Betrachter durcharbeiten müssen. Wir müssen verstehen, daß auch der Einsatz von unglaublichen finanziellen und menschlichen Ressourcen nicht die Stabilität schafft, wie eine freie Gesellschaft sie sich schaffen kann durch die Legitimation aus freien Wahlen und durch den Rechtsstaat. Wenn wir dies erkennen, gewinnen wir eine ganz gelassene Ruhe gegenüber unseren unaufgeklärten spätsozialistischen Diskussionspartnern. Sie nennen uns neurotisch fixiert auf irgendwelche Geheimdienstakten und sehen in uns Liebhaber von solchen Papieren. Ein Geheimdienst ist ein unheimlich langweiliges Thema, wenn man in der Demokratie lebt, aber in der Diktatur ist es eben sehr interessant. Wir werden sehr gelassen gegenüber diesen Angriffen. Wir bezeugen mit unserer Person und mit unserer Arbeit das Scheitern dieser Systeme der Übersicherheit. Und darum lohnt sich die Erinnerung des Einzelnen wie die wissenschaftliche Bemühung mit Hilfe solcher anrühigen Quellen. Ich danke Ihnen sehr für Ihre
Aufmerksamkeit.

Die Unterlagen des MfS. Ihr Wert als historische Quelle

Roger Engelmann

Die Stimmen, die die Archivbestände des Ministerium für Staatssicherheit der DDR für eine Art Büchse der Pandora halten, die man möglichst dicht verschlossen hält oder am besten gar auf die eine oder andere Weise wieder aus der Welt schafft, sind zwar weitgehend verstummt, aber auch fünf Jahre nach der Aktenöffnung herrscht noch nicht überall eine entkrampfte Haltung gegenüber der Beschäftigung mit dieser sperrigen und schwierigen Hinterlassenschaft. Selbst bei manchem Fachkollegen, für den die Auswertung geheimpolizeilicher Unterlagen aus der NS-Zeit etwa eine professionelle Selbstverständlichkeit sein sollte, meinte ich zuweilen eine gewisse Befangenheit oder gar ein leichtes Naserümpfen feststellen zu können, wenn ich über meine Arbeit in der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten berichtete.

Ich möchte hier nicht weiter über die Gründe für die weitgehend irrationalen Vorbehalte gegenüber diesen Akten und dieser Materie spekulieren, die übrigens keineswegs auf das linke und linksliberale Milieu beschränkt sind. Ich möchte nur konstatieren, daß es sie gibt und daß sie den Blick für die enorme Bedeutung trüben, die die MfS-Akten in der Praxis für die verschiedensten Formen der Aufarbeitung längst erlangt haben.

Mein Thema ist aber nicht der in seinen Dimensionen historisch ungewöhnliche gesellschaftliche Aufarbeitungsprozeß, der sich durch hunderttausende persönliche Akteneinsichten und Überprüfungen sowie durch die intensive Nutzung der MfS-Akten für Rehabilitierung und Strafverfolgung vollzieht. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen, und es wird künftiger Forschung vorbehalten sein, ihn mit einem größeren zeitlichen Abstand historisch einzuordnen und zu bewerten. Mein Thema heißt: Wert und Bedeutung der MfS-Unterlagen für die Zeitgeschichtsschreibung. Denn auch in diesem Bereich ist eine intensive Nutzung der Unterlagen im Gange. Seit dem Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes sind bei der Behörde des Bundesbeauftragten rund 3000 Forschungsanträge gestellt worden, und das zuständige Auskunftsreferat gibt monatlich im Durchschnitt 30.000 Blatt Aktenkopien an Forscher heraus.

Auskunft über die Herrschaftsgeschichte des SED-Staates

Dies kann eigentlich kaum verwundern, denn Akten politischer Polizeien sind für die Forschung schon immer unerläßliche Quellen gewesen und wurden von der Geschichtsschreibung schon immer genutzt. Es liegt in der Natur der Sache, daß Überlieferungen von Repressionsorganen gerade für die Erforschung von Diktaturen und natürlich auch für die politische und justitielle Aufarbeitung ihres Wirkens von herausragender Bedeutung sind. Im Falle des Dritten Reiches sind die Akten des Reichssicherheitshauptamtes, des Sicherheitsdienstes (SD), der Gestapo und des Volksgerichtshofes trotz einer lückenhaften Überlieferungslage infolge gezielter und kriegsbedingter Aktenvernichtungen zentrale Quellen für die historiographische Auseinandersetzung mit dem Regime. Auf der Grundlage dieser Akten haben Historiker nicht nur die Geschichte des nationalsozialistischen Terrors schreiben können, diese Materialien erlauben es auch, aus politik- und sozialgeschichtlicher Perspektive Formen und Umfang von Resistenz und Konsens in der Bevölkerung zu bestimmen.

Aufgrund eines höheren Schriftlichkeitsgrades und einer unvergleichlich besseren Überlieferungslage stehen wir bei den Unterlagen der Staatssicherheit vor einer noch wesentlich günstigeren Ausgangssituation. MfS-Akten geben als die Überlieferung des neben dem Parteiapparat wichtigsten Herrschaftsinstruments der SED detaillierte Auskunft über die Herrschaftsgeschichte des SED-Staates. Sie beleuchten dabei aber nicht nur die Geschichte der Herrschenden, sondern zwangsläufig und wahrscheinlich in einem noch höheren Maße die Geschichte der Beherrschten.

Bei allen Realitätsverzerrungen, die sich durch das spezifische Wahrnehmungsraster dieses hochideologisierten Verfolgungsapparats ergeben, sind diese Akten zweifellos der größte Fundus zur Geschichte von Widerstand, Opposition und Verweigerung in der DDR. Von Bedeutung ist dabei, daß in das Blickfeld der Unterlagen nicht nur die großen Ereignisse und die herausragenden Personen geraten sind, sondern in außergewöhnlichem Umfang auch das widerständige Verhalten der kleinen Leute.

Überlieferung über alltägliche Formen der Resistenz

Die Sicherheitsneurose der SED-Machthaber und ihrer Geheimpolizei, die spätestens in den siebziger Jahren zu einer tendenziell flächendeckenden Überwachung der Gesellschaft führte, produzierte eine Überlieferung, die uns potentiell Auskunft gibt gerade über die alltäglichen Formen der Resistenz, aber natürlich auch über die Formen der Anpassung und des Mitmachens, ja häufig auch der aktiven Teilhabe an der Repression. Ich sage "potentiell Auskunft gibt", weil die datenschutzrechtlichen Schranken des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ein völlig ungehindertes Forschen in diesen heiklen Unterlagen nicht zulassen. Gleichwohl sind Verfahren denkbar und kommen auch schon zur Anwendung, die dem gesetzlich verbürgten Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen und dem Interesse von Wissenschaft und Öffentlichkeit an der Erforschung auch des Alltages in der Diktatur gleichermaßen Rechnung tragen.

Themen der Forschung

Bevor ich mich grundsätzlichen quellenkritischen Darlegungen zum MfS-Aktenbestand zuwende, möchte ich noch im Überblick die wichtigsten thematischen Bereiche benennen, die von den Unterlagen der Staatssicherheit erfaßt werden:

An erster Stelle ist als Gegenstand der Forschung der Apparat des Staatssicherheitsdienstes selbst mit seiner enormen Größe und seinen vielfältigen Aufgaben zu nennen. Im Zentrum der öffentlichen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit steht dabei seine Funktion als Instrument der politischen Verfolgung und Überwachung. Hinzu kommt die quasi automatische Zuständigkeit des MfS für die neuralgischsten Bereiche und die brisantesten Vorgänge in der DDR sowie seine Mitverantwortung für alles, was in der Sicht des Regimes "sicherheitspolitisch" bedeutsam war, also für die militärische Sphäre sowie vor allem für den Bereich der Polizei, der Strafjustiz und des Strafvollzugs. Nicht ohne Grund hat das Ministerium für Staatssicherheit bestimmte Unterlagen aus diesen Bereichen bei sich archiviert, obwohl sie nicht im eigenen Hause entstanden waren: die Akten des (konspirativ tätigen) Arbeitsgebietes I der Kriminalpolizei, der (politischen) Abteilungen I A der Staatsanwaltschaften sowie die Gerichts- und Gefangenenakten von Personen, bei denen das Untersuchungsorgan der Staatssicherheit die Ermittlungen geführt hatte.

Der zweite wichtige thematische Bereich, bei dem das Studium von MfS-Akten unumgänglich ist, wurde von mir schon benannt: die unterschiedlichen Formen von Widerstand, Opposition, Verweigerung, Resistenz und Nonkonformismus. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, daß sich die Aktenlage dort besonders günstig gestaltet, wo wir es mit Bereichen zu tun haben, die nur unvollkommen in das System der Diktatur integriert waren: In erster Linie sind hier die Kirchen und Teile des Kulturbetriebes zu nennen. Im Unterschied zu den meisten anderen Bereichen, die in die offiziellen Transmissionssysteme des Regimes auch anderweitig fest eingebunden waren, waren hier die von der Staatssicherheit ausgeübten konspirativen Herrschaftsmechanismen dominant.

Seit dem 17. Juni 1953 gehörte es außerdem zu den wichtigsten Aufgaben des MfS, die Parteiführung der SED über die Stimmung in der Bevölkerung und die Lage in den verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen auf dem laufenden zu halten. Dementsprechend haben die Auswertungs- und Informationsorgane der Staatssicherheit etliche Berichtsreihen und eine schier unübersehbare Anzahl von Einzelberichten hinterlassen, die detaillierte Auskunft über Stimmungen und andere Entwicklungen im Lande geben. Die Hinterlassenschaft des MfS-Berichtswesen ist als eine ganz zentrale Quelle auch für Forschungen zur allgemeinen DDR-Geschichte anzusehen. Zwar gab es auch außerhalb der Staatssicherheit Berichtssysteme, etwa in der SED, den Blockparteien, den Massenorganisationen und in staatlichen Institutionen, die Qualität ihrer Berichterstattung bleibt aber in der Regel hinter der des MfS zurück, welche zu einem hohen Anteil auf konspirativ erlangte und damit häufig unverfälschtere Informationen zurückgeht.

Überhaupt ist ganz allgemein der Bereich der Mißstände und Dysfunktionen eine Domäne der MfS-Berichterstattung. Insbesondere wirtschaftliche und technologische Unzulänglichkeiten galten zunehmend als sicherheitsrelevantes Problem und gerieten somit in das Zentrum der Aufmerksamkeit der Staatssicherheit. Auch hier ist festzustellen, daß die MfS-Unterlagen besonders ungeschminkte Informationen enthalten. Es ist unübersehbar, daß als IM fungierende Wirtschaftsfunktionäre nicht selten ihren Groll über die zunehmend unhaltbaren werdenden Zustände in ihrem Verantwortungsbereich bei ihren Führungsoffizieren abladen, teilweise wohl auch in der weitestgehend illusionären Hoffnung, das MfS könne hier Abhilfe schaffen.

Ein weiterer wichtiger Themenkomplex, der sich in den MfS-Unterlagen in herausragender Weise niederschlägt, könnte man im weitesten Sinne mit dem Begriff innerdeutsche Beziehungen umschreiben. Ich meine damit nicht nur die diplomatischen oder quasi-diplomatischen Beziehungen zwischen staatlichen Stellen und politischen Organisationen, sondern auch die Wirtschaftskontakte, die Kontakte zwischen einfachen Bürgern und nicht zuletzt die sogenannte Westarbeit der DDR. Trotz der herausgehobenen Rolle, die das MfS auf diesem Feld spielte, ist die Quellenlage hier allerdings wesentlich schlechter, als man annehmen könnte. Hier macht sich die Vernichtung der Unterlagen der HV A, die im MfS einen erheblichen Teil der entsprechenden Aufgaben abdeckte, besonders schmerzlich bemerkbar.

Als letzter großer Themenbereich bleibt noch die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Aufarbeitung zu erwähnen, denn das MfS war nicht nur für die Ermittlungen in NS-Strafsachen zuständig, sondern unterhielt auch ein umfangreiches NS-Sonderarchiv. Zwar sind inzwischen etwa 90 Prozent dieser Akten vom Bundesbeauftragten zuständigkeitshalber an das Bundesarchiv abgegeben worden, aber gerade die in den Archiven des BStU verbleibenden 10 Prozent sind von besonderem Interesse. Es handelt sich um den Teil, der vom MfS genutzt wurde, bei dem also entsprechende Bearbeitungsvermerke vorliegen oder die von ihm in eigene Vorgänge integriert wurden. Neben Aufschlüssen zur NS-Geschichte ermöglichen diese Akten auch Erkenntnisse zum Umgang der DDR mit eigenen NS-Belasteten, der wenig von antifaschistischer Prinzipienfestigkeit und umso mehr von politischen Zweckmäßigkeitsüberlegungen aller Art geprägt war.

Quellenwert und Wahrheitsgehalt

Ich möchte mich nun der Problematik des Quellenwertes und des Wahrheitsgehaltes zuwenden: Solche Fragen werden normalerweise vorwiegend in der wissenschaftlichen Sphäre, manchmal auch im justitiellen Bereich diskutiert. Im Falle der MfS-Unterlagen ist die Situation völlig anders: Hier beherrscht immer noch die tagespolitische Debatte das Feld, die von den unterschiedlichen Seiten mit einem hohen Maß an emotionalem Engagement und manchmal auch persönlicher Betroffenheit geführt wird.

Ein in der öffentlichen Diskussion immer wiederkehrendes Argumentationsmuster legt es oftmals halb unausgesprochen nahe, daß ein direkter Zusammenhang zwischen dem Grad der Verwerflichkeit einer Institution oder eines Regimes und dem Wahrheitsgehalt der entsprechenden Aktenproduktion besteht. Daß es eine solche Korrelation nicht gibt, zeigt nicht zuletzt der hohe Stellenwert, den etwa Gestapo-Akten oder SD-Berichte in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der NS-Zeit haben. (Auf die Frage der Zuverlässigkeit der MfS-Akten werde ich noch ausführlicher eingehen.)

Eine andere beliebte Argumentation verweist auf die Praxis des MfS und von Geheimdiensten überhaupt, in bestimmten Situationen falsche Informationen zu lancieren, und leitet daraus eine generelle Unglaubwürdigkeit ihrer Unterlagen ab. Dieses abwegige und teilweise wohl auch gewollt-naive Argumentationsmuster unterstellt, daß in der Aktenführung des MfS der Unterschied zwischen Desinformationen, die der Geheimdienstapparat ersann und zu operativen Zwecken einsetzte, und Informationen, die er erhob und nutzte, nicht erkennbar sei. Davon kann natürlich überhaupt keine Rede sein. Die Staatssicherheit hat im Interesse ihrer eigenen Funktionsfähigkeit beide Dinge in den Unterlagen peinlich genau auseinandergehalten, und wir können heute anhand der Akten beides ebenso genau unterscheiden.

Wenn wir uns jetzt qualifizierteren Fragen der Quellenkritik zuwenden, ist zunächst festzustellen, daß die pauschale Bestimmung des Wahrheitsgehaltes ganzer Aktenbestände ein problematisches Unterfangen ist. Auf dieser allgemeinen Ebene sind nur Tendenzaussagen möglich, denn quellenkritische Analyse zielt in der Regel auf Einzelfälle, also auf ein Dokument oder gar nur auf einzelne Aussagen in einem Dokument sowie auf den betreffenden Kontext. Verallgemeinerungsfähige quellenkritische Befunde beziehen sich zumeist auf bestimmte Quellengattungen, nicht auf heterogene Überlieferungen. Um eine solche handelt es sich aber bei den MfS-Unterlagen. Es liegen hier unterschiedliche Quellenarten vor, bei denen jeweils ein sehr unterschiedlich geartetes Verhältnis zwischen Quelle und korrespondierender Wirklichkeit besteht. Jede Quellengattung bildet historische Realität auf eine spezifische, qualitativ unterschiedliche Weise ab. Ihr Aussagewert muß daher mit einem jeweils spezifischen interpretatorischen Instrumentarium bestimmt werden, das ich natürlich hier wegen der Kürze der Zeit hier im einzelnen nicht darlegen kann.

Ich möchte lediglich auf einige grundsätzliche Sachverhalte verweisen: Die Informationssammlung und die Auswertungstätigkeit der Staatssicherheit waren keineswegs ziellos, sondern Bestandteil einer klar definierten Aufgabe, die dem MfS von der SED zugewiesen war, dem sogenannten "zuverlässigen Schutz der gesellschaftlichen Entwicklung" und der "allseitigen Gewährleistung der staatlichen Sicherheit". Die Unterlagen des MfS bilden daher Wirklichkeit in einer spezifischen Weise ab, die sich aus seiner Zweckbestimmung ergibt. "Operativ bedeutsam" waren für diesen Apparat "alle für die Lösung politisch-operativer Aufgaben erforderlichen und im Prozeß der politisch-operativen Arbeit gewonnenen Informationen" zu bestimmten detailliert festgelegten Personenkategorien, Sachverhaltsarten, Hinweis- und Merkmalskategorien sowie Informationskomplexen. Zusammenfassend definiert eine zur Schulung der hauptamtlichen Mitarbeiter verwendete Lehrschrift solche Informationen als "operativ bedeutsam", die

Đ "Erkenntnisse vermitteln, um die für die Gewährleistung des Schutzes der gesellschaftlichen Entwicklung und der staatlichen Ordnung im Verantwortungsbereich entscheidenden Aufgabenstellungen herauszuarbeiten und die operativen Kräfte und Mittel richtig zu konzentrieren",

Đ "die zielgerichtete Erarbeitung operativer Materialien, die Entwicklung und Bearbeitung operativer Vorgänge bzw. der Klärung operativ bedeutsamer Anhaltspunkte in OPK [Operativen Personenkontrollen] oder die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen ermöglichen",

Đ "für die wirksame vorbeugende Beseitigung und Kontrolle von Ansatzpunkten für feindlich-negative Aktivitäten, für die Einleitung von effektivitäts- und stabilisierungsfördernden Maßnahmen bei der Sicherung bedeutsamer Bereiche, Objekte usw. genutzt werden können".

Das MfS betrieb selbst ein Art "Quellenkritik"

Ich möchte Sie nicht weiter mit dieser Sprache des bürokratischen Tschekismus langweilen. Entscheidend ist allerdings, daß das MfS seine Informationsgewinnung keinesfalls grobschlächtig oder naiv vorgenommen hat; es hat sich vielmehr bemüht, verfälschende Faktoren möglichst auszuschalten, weil diese die Effizienz der eigenen Tätigkeit gefährdeten. Das MfS führte daher eine permanente Bewertung, Kontrolle und Überprüfung seiner eigenen Informationserhebung durch, betrieb also selbst eine Art "Quellenkritik", die in einigen Punkten der der historischen Forschung nicht unähnlich ist. Neben dem Grad der operativen Bedeutung galten als Qualitätsmerkmale einer Information die "Aktualität" und der "Neuigkeitswert" sowie "Wahrheit", "Vollständigkeit" und "Überprüfbarkeit".

Die eben zitierte, für die Informationstätigkeit einschlägige Lehrschrift weist außerdem darauf hin, daß der Wahrheitsgehalt einer Information von der Beziehung zwischen dem operativen Mitarbeiter und seiner Quelle beeinflusst sein kann und daß "die Absichten des Informierenden im Zusammenhang mit der Wahrheit der Information gesehen und beurteilt werden" müssen. Ferner wird ausgeführt, daß es wichtig sei zu wissen, "ob die Informationen auf der Grundlage direkter Beziehungen des Mitarbeiters oder seiner Quelle zum Sachverhalt entstanden sind oder ob die Informationen aus indirekten Beziehungen, also über dritte Personen erarbeitet wurden", was die Gefahr "doppelter Fehlerquellen" in sich berge. Schließlich betont die Schulungsunterlage, daß die "Ehrlichkeit" der Inoffiziellen Mitarbeiter allein "noch keinen endgültigen Rückschluß auf den Inhalt der erarbeiteten Informationen und ihre allseitige Bewertung zuläßt".

IM-Richtlinie 1/79: objektiv, unverfälscht, konkret und vollständig berichten

Nach der IM-Richtlinie 1/79 hatten die operativen Mitarbeiter darauf zu achten, daß sie "durch Vorgaben und Fragestellungen" und durch eine entsprechende "Erziehung" der inoffiziellen Mitarbeiter gewährleisten, daß diese möglichst "objektiv, unverfälscht, konkret und vollständig" berichteten. Schon während des Treffs hatten die MfS-Offiziere "eine erste qualifizierte Einschätzung der Informationen" vorzunehmen und "Widersprüche, Unklarheiten" und "Lücken in der Berichterstattung zu erkennen". Sie waren hierbei angehalten, "durch gezielte Fragen an die IM die Informationen bereits weitgehend auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen".

Selbstverständlich sind die im MfS geltenden Normen nicht mit der Praxis gleichzusetzen. Wie in allen Apparaten, so gab es auch hier Abweichungen und vereinzelt regelrechte Verstöße gegen die geltenden dienstlichen Bestimmungen. In verschiedenen überlieferten sogenannten Kontrollberichten sind solche Fälle dokumentiert. Ausgesprochene Regelverletzungen haben sich aber in vergleichsweise engen Grenzen gehalten. Das normative Regelwerk der Staatssicherheit war keineswegs ein abstraktes Korsett, sondern das Resultat praktischer geheimdienstlicher Erfahrung. Häufig hatten sich die Normen in der Praxis schon eingespielt, bevor sie durch eine zentrale Weisung für verbindlich erklärt wurden. Sie dienten der Effizienz des Apparates, und es ist davon auszugehen, daß ihr Sinn dem einzelnen Mitarbeiter einsichtig war.

Es darf außerdem nicht vergessen werden, daß der Staatssicherheitsdienst eine straffe militärische Struktur besaß, in der die jeweiligen Leiter einen relativ überschaubaren Kreis von direkt Unterstellten anleiteten und kontrollierten. Daneben bestanden auf der zentralen Ebene, auf der Ebene der Hauptabteilungen und selbständigen Abteilungen des Ministeriums und auf der Ebene der Bezirksverwaltungen sogenannte Kontrollgruppen, die über die Einhaltung von dienstlichen Bestimmungen und anderen Vorgaben wachten. Diese Struktur spricht für die Gewährleistung eines vergleichsweise hohen Maßes an regelkonformer Praxis und zuverlässiger Informationstätigkeit, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die im MfS herrschende interne Konspiration und der konspirative Charakter der Tätigkeit der Staatssicherheit überhaupt auch gewisse Freiräume für Eigenmächtigkeiten eröffneten.

Die allgemeine Feststellung, daß es sich bei den MfS-Unterlagen um insgesamt zuverlässige Quellen handelt, entbindet ihre Nutzer aber selbstverständlich nicht von der Pflicht, sie unter Anwendung der üblichen quellenkritischen Verfahren zu interpretieren und ihren Informationsgehalt unter Hinzuziehung etwaiger Gegenüberlieferungen anderer Provenienz und gegebenenfalls auch im Abgleich mit Aussagen von Zeitzeugen zu überprüfen.

Ein beträchtlicher Grad an Ideologisierung

MfS-Unterlagen weisen dort, wo sie über die Beschreibung konkreter Handlungen und Sachverhalte hinausgehen, manchmal einen beträchtlichen Grad an Ideologisierung auf. Dies haben sie mit anderen Überlieferungen des SED-Regimes gemein; auch für die Akten der SED, der staatlichen Stellen im engeren Sinn sowie der Blockparteien und der Massenorganisationen gilt diese Feststellung. Die Herrschaft der SED war ð wie die der anderen kommunistischen Parteien ð durch die Dominanz von Ideologie und Propaganda gekennzeichnet. Das Wahrnehmungs- und Interpretationsraster der Funktionsträger hatte sich zwangsläufig in die von der SED-Führung vorgezeichneten, zuweilen sehr engen Bahnen einzupassen. Doktrinäre Vorgaben und politisch verbindliche Sprachregelungen ð waren sie noch so realitätsfern ð mußten gerade bei heiklen und grundsätzlichen Fragen von den Verantwortlichen peinlich genau beachtet werden, wollten sie sich nicht den Vorwurf mangelnder "Parteilichkeit" oder "ideologischer Unklarheit" und die damit häufig verbundene Beeinträchtigung der eigenen Karriere einhandeln.

Dieses "Syndrom" hat auch in den MfS-Akten seine Spuren hinterlassen. Die Auswertung von Parteitag und ZK-Tagungen für die "politisch-operative" Arbeit war eines der wichtigen politischen Rituale, mit dem die führende Rolle der Partei im MfS zelebriert wurde. Die Ausrichtung der operativen Tätigkeit und die Interpretation "politisch-operativer" Befunde auf der Grundlage des sogenannten "Standes der Klassenauseinandersetzung" oder auch kurzfristiger politischer Vorgaben der SED-Führung haben die Wahrnehmung der Realität durch das MfS und damit ihre Abbildung in den Akten geprägt.

Ein ideologisches Grundmuster bestimmte seit den fünfziger Jahren in einer teils differenzierteren, teils weniger differenzierten Form Arbeit und Wahrnehmung des MfS: Nach der marxistisch-leninistischen Weltanschauung hatte die DDR mit dem Sozialismus die bisher höchste Stufe der Menschheitsentwicklung erklommen. Grundsätzliche Kritik an den bestehenden Verhältnissen konnte anfangs noch als zu überwindendes Relikt bürgerlicher Interessen und Ideologie begriffen werden. Sie wurde vorwiegend dadurch dafür gegeben, daß es in der Phase des Kalten Krieges manchen realen Anhaltspunkt dafür gab, daß es vom sogenannten "Imperialismus", vor allem aus der Bundesrepublik und Westberlin in die DDR hineingetragene "politisch-ideologische Diversion" wahrgenommen. Je weiter die sozialistische Entwicklung fortschritt, um so schmäler mußte der gemäß der kommunistischen Ideologie im Innern die gesellschaftliche Basis für die "Feindtätigkeit" und entsprechend größer der Anteil des "imperialistischen" Auslands sein. Zwischen dieser Grundannahme und der Realität klaffte ein unüberbrückbarer Gegensatz.

Folgen legitimationsideologisch begründeter Optik

Hinter industriellen "Havarien" vermutete man in den fünfziger Jahren stets Diversionsakte des "imperialistischen" Feindes. Innere Opposition galt, auch wenn sie sich ausdrücklich als sozialistisch empfand oder gar in kommunistischer Tradition stand, als von außen inspiriert. In den fünfziger Jahren ging die offizielle Sprachregelung zumeist sogar von einer regelrechten Lenkung durch westliche "Agenturen" aus. In den achtziger Jahren trifft man zwar auf eine verfeinerte Sichtweise, aber in den Grundstrukturen ist dieses Wahrnehmungsmuster bis zur "Wende" vorhanden. Die Folge dieser legitimationsideologisch begründeten Optik war, daß auch das MfS autochthone Ursachen für Mißstände und Unzufriedenheit unterbewertete und sich stärker, als es durch seine eigenen empirischen Befunde begründet war, mit tatsächlichen und vermuteten Westverbindungen sogenannter "feindlich-negativer" und anderer "operativ angefallener" Personen beschäftigte.

Als konspirativ arbeitendes Überwachungsorgan hatte das MfS im DDR-System allerdings eine Sonderrolle, die seiner Informationsgewinnung und -verarbeitung einen größeren Spielraum verschaffte, als andere Institutionen und Organisationen ihn hatten. In der SED, den Blockparteien und Massenorganisationen sowie in Teilen des Staatsapparates prägten die allgegenwärtigen propagandistischen Bedürfnisse des Regimes den Arbeitsalltag naturgemäß sehr viel stärker als in der verdeckt arbeitenden Staatssicherheit. Dort, wo Institutionen und Organisationen über ihre eigene Tätigkeit oder ihren eigenen Verantwortungsbereich berichteten, diente die Berichterstattung zwangsläufig in einem erheblichen Maße der Legitimierung der eigenen Rolle. Der extreme Hang zum Schön- und Wegreden von Mißständen und Problemen, der die DDR-Propaganda bestimmte, charakterisiert daher häufig auch die interne Berichterstattung ihrer Apparate nach oben.

Es zeichnet sich deutlich ab, daß die Berichterstattung des MfS ein Gegengewicht zu dieser allgemeinen schönfärberischen Tendenz der nicht-konspirativen Berichtssysteme der DDR bildete. Schließlich hatte die Staatssicherheit die Aufgabe, politisch gefährliche Stimmungen in der Bevölkerung und sicherheitsrelevante Dysfunktionen aller Art "aufzuklären". Der Einsatz geheimdienstlicher Mittel ermöglichte ihr ein Eindringen in Bereiche, die anderen berichterstattenden Institutionen und Organisationen nicht zugänglich waren und in denen sich Meinungen und Sachverhalte in einer authentischeren Form präsentierten. Die Informationstätigkeit des MfS war der Versuch, ein Handicap auszugleichen, das allen Diktaturen eigen ist und ihre Funktionsfähigkeit letztlich untergräbt: die Abwesenheit einer wirklichen Öffentlichkeit.

Es ist ein nur scheinbares Paradoxon, daß der politisch-moralische Unwert der Tätigkeit des MfS den aktuellen Wert seiner Überlieferung für die historische Aufarbeitung bedingt. Die von der Staatssicherheit häufig unter massiver Verletzung von Grundrechten erlangten Informationen geben uns heute gerade über jene Sachverhalte Auskunft, die dem Regime unangenehm waren und die es im Interesse seiner eigenen Stabilität totschwieg: Fehlentwicklungen, Mißstände, mangelnder Konsens und Widerspruch. Noch entscheidender ist aber eine ganz banale Tatsache, die ich muß sie noch einmal mit anderen Worten aussprechen: Die Erforschung der SED-Diktatur, das heißt die Aufarbeitung von diktatorischer Herrschaft und politischer Verfolgung kann nur durch das Studium der Aktenhinterlassenschaft des Hauptinstrumentes dieser Herrschaft und dieser Verfolgung erfolgen. Die zeithistorische DDR-, Kommunismus- und vergleichende Diktaturforschung kommt daher an der Würdigung und Nutzung dieser Unterlagen nicht vorbei, auch wenn es zugegebenermaßen erbaulichere Quellen und angenehmere Forschungsgegenstände gibt.

Verfolgung und Ein biographischer Rückblick

Karl Wilhelm Fricke

Überwachung.

Bei aller Vergleichbarkeit der beiden Schicksale, die sich mit dem Namen Vera Lengsfeld und mit meinem Namen verbinden – Überwachung, Verfolgung, Strafjustiz, Gefängnis –, scheint mir ein Unterschied so wesentlich, daß ich gleich einleitend darauf hinweisen möchte. Und dies ist der zeitliche Unterschied. Vera Lengsfeld wurde in den 80er Jahren bespitzelt und verfolgt, ich in den 50er Jahren. Dieser Unterschied in der Zeit aber macht bewußt, daß sich die Diktatur der SED, die manche Träumer in der Spätphase der Ära Honecker schon unterwegs zum sozialistischen Rechtsstaat wähten, im Prinzip in diesen drei Jahrzehnten tatsächlich nicht gewandelt hat. Diese Unfähigkeit zum Wandel hat letztlich den Tod des DDR-Sozialismus heraufbeschworen.

Rund 35 Jahre operativ bearbeitet

Auch an meinem eigenen Fall, über den ich hier zu referieren habe, läßt sich exemplarisch machen, daß sich Staatspartei und Staatssicherheit im System gleichgeblieben sind. Denn hervorzuheben ist die erstaunliche Tatsache, daß meine Person rund 35 Jahre lang nahezu ohne Unterbrechung von der Staatssicherheit operativ bearbeitet wurde. Von 1954 bis 1989. Ich habe das in meinem Buch "Akten-Einsicht" analysiert und dokumentiert, womit wir beim Generalthema dieser Konferenz sind. Die Akten und die Wahrheit.

Ich brauche hier nicht zu betonen, daß dem Ministerien für Staatssicherheit im Herrschaftssystem der SED eine dominierende Funktion zur Durchsetzung und Sicherung der Macht der SED zugewiesen war. Diese Funktion schloß auch die Manipulierung und Präjudizierung der politischen Strafjustiz in der DDR ein, unabhängig von den Formen, in denen sich dies vollzogen hat. Speziell als Untersuchungsorgan besaß das MfS nicht nur Zugriff auf das Ermittlungsverfahren in politischen Strafsachen, sondern es war ebenso imstande, justizielle Entscheidungen, in einschlägigen Verfahren wesentlich voraus- oder mitzubestimmen, nicht selten auf unmittelbare Weisung der Politbürokratie der SED, immer in deren politisch-ideologisch begründetem Auftrag.

Joachim Gauck hat vorhin mit Recht darauf hingewiesen, daß man nie vergessen sollte, daß die Staatssicherheit nicht Staat im Staate war, sondern Schild und Schwert der Partei, das wichtigste Herrschaftsinstrument der Politbürokratie. In meinem eigenen Fall können die Mechanismen der Macht anhand der Akten bis ins Detail anschaulich gemacht werden. Darin liegt ihr Aussagewert. Sie sind authentisch. Sie belegen zum Beispiel, daß Erich Mielke persönlich mit meinem Fall zu tun hatte. Nicht nur, weil er jahrzehntelang Führungspositionen in der Staatssicherheit innegehabt hat, als Staatssekretär von 1950 bis 1957, danach als Minister bis 1989, bis zur Endzeit des DDR-Sozialismus, sondern weil sein Namenszug zweimal in meiner Akte auftaucht. Auch das ist ein Indiz mehr dafür, daß die Herrschenden durchaus informiert waren. Erstmals erscheint Mielkes Name am 13. April 1955 auf einem Haftbeschluß, nicht zu verwechseln mit einem Haftbefehl, mit dem Mielke bestätigte, daß nach meiner Entführung die Festnahme zu vollziehen sei. Als aber die für Spionageabwehr zuständige Hauptabteilung II im MfS, und zwar die Abteilung 13, der die abwehrmäßig Bearbeitung akkreditierter Westkorrespondenten oblag, am 11. März 1985 ein internes Fahndungsersuchen zur Einleitung einer Reisesperre – so hieß das – gegen mich beantragte, wurde auch dieser Eintrag durch Mielke bestätigt.

Von der Stasi hinter Schloß und Riegel gebracht

Ich erwähne das nicht aus Wichtigtuerei, sondern um aufzuzeigen, daß beide Entscheidungen, zwischen denen immerhin eine Zeitspanne von 30 Jahren lag, zur Chefsache gemacht waren. Immerhin bestand der für mich nicht ganz unerhebliche Unterschied darin, daß mich die Staatssicherheit 1955 hinter Schloß und Riegel bringen konnte und wollte, unbeschadet aller Rechtsnormen, während sie sich 1985 mit einer Einreisesperre bis auf Widerruf begnügen mußte. Als Begründung in besagtem Haftbeschluß reichte 1955 die lakonische Behauptung "Agententätigkeit gegen die DDR". Es war eine von der Staatssicherheit unbewiesene, weil unbeweisbare Unterstellung. Für die Reisesperre 1985 wurden folgende Gründe zu Papier gebracht, ich zitiere: "Fricke fungiert beim Deutschlandfunk als Leiter der Ost-West-Redaktion. In seinen Beiträgen und Kommentaren verleumdet und entstellt er die politischen Verhältnisse in der DDR. Seine Bücher über das MfS verfolgen das Ziel, das sozialistische Sicherheitsorgan der DDR international zu diskreditieren."

Aus der Sicht der Staatssicherheit war das zwar eine verständliche Charakterisierung, aber tatsächlich ist es mir 1955 wie 1985 immer nur darum zu tun gewesen, als Journalist in der öffentlichen Meinung zu einem realistischen Bild von Herrschaft und Gesellschaft in der DDR beizutragen. Allerdings, und das möchte ich hinzufügen, habe ich mich von Anfang an nicht auf West-Berlin und die Altbundesrepublik beschränkt. Ich wollte vielmehr mit Hilfe der elektronischen Medien, hauptsächlich des Rundfunks, auch auf die Meinungsbildung in der DDR einwirken. Ich tat das, was die Staatssicherheit "politisch-ideologische Diversion" hieß. Und hier ist der Grund für ihr sich über Jahrzehnte erstreckendes operatives Interesse an meiner Person zu suchen.

Nicht erstaunt war ich über die Existenz meiner Akten bei der Staatssicherheit, weit über 3.000 Blatt. Erstaunt war ich nur, daß Akten über mich in den Archivbeständen von nicht weniger als neun Struktureinheiten des MfS angelegt wurden. Ich will das hier nicht im einzelnen ausführen. Die allgemeine Erkenntnis, die aus diesen Aktenfunden verschiedener Provenienz, verschiedener Hauptabteilungen und der Hauptverwaltung A abzuleiten ist, besteht darin, daß je nach sachlicher Zuständigkeit die operative Bearbeitung einer Zielperson im MfS von verschiedenen Dienststeinheiten gleichzeitig erfolgen konnte.

Der Aufwand um mich war absurd, aber erklärlich

Die dabei erfaßten Informationen wurden meist in der zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe ausgewertet, manchmal auch nur in der Auswertungs- und Kontrollgruppe einer Hauptabteilung, und in der Zentralen Personendatenbank oder in der zentralen Kerblockkartei gespeichert. Den Aufwand, der damit um mich, einen einzelnen Journalisten und wirklich nicht einen der bedeutendsten, getrieben wurde, muß ich freilich absurd nennen. Aber er ist erklärlich. Ich hatte mich frühzeitig, sowohl vor wie nach meiner Haft, in meiner Arbeit auf die DDR-Thematik spezialisiert, vorzugsweise auf Fragen der Strafjustiz und der Staatssicherheit. Das hat natürlich auch biographische Gründe. Und voller Mißtrauen, wie die Tschekisten der DDR nun einmal waren, vermuteten sie über drei Jahrzehnte lang, daß meine Veröffentlichungen auf illegal beschafften Informationen beruhen könnten. Die Konsequenzen aus diesem Verdacht, bekam ich erstmals am 1. April 1955 zu spüren, denn am Nachmittag jenes Tages wurde ich einer Wohnung in West-Berlin von einem Mann namens Kurt Rittwagen und seiner Ehefrau Anne Maria betäubt. Ich hielt sie für ein Flüchtlingsehepaar aus Potsdam. In Wirklichkeit waren sie geheime Mitarbeiter der Staatssicherheit, er als GM "Fritz", sie als GM "Peter". Damals sprach man im MfS noch nicht von "IM". Betäubt wurde ich durch ein in einem Glas Weinbrand verabreichtes Narkotikum. So konnte ich der Staatssicherheit besinnungslos ausgeliefert werden. Die einschlägigen MfS-Akten dokumentieren die planmäßige, monatelange Vorbereitung meiner Entführung durch die GM Fritz und Peter, die von einem Führungsoffizier in der Zentrale gesteuert wurden, einem Hauptmann, Alfred Buchholz mit Namen, der damals in der Hauptabteilung V Dienst tat, der Vorläuferstruktur der Hauptabteilung XX, die also zur Bekämpfung dessen zuständig war, was man politisch-ideologische Diversion und politische Untergrundarbeit nannte, in der schrecklichen Sprache der Staatssicherheit mit dem Kürzel PID/PUT umschrieben. Auf Grund des gegen mich gehegten Verdachts wurde ich seit 1954 operativ bearbeitet. Es liegen also eine Fülle von Spitzelberichten aus West-Berlin darüber vor. Auch in der DDR wurde gegen mich recherchiert, z.B. in Aschersleben, wo ich das Gymnasium bis 1948 besucht hatte. In West-Berlin lebte und arbeitete ich seit 1952 als Journalist. Alles ist in den Akten festgehalten. Natürlich ließ sich die Staatssicherheit von der Spekulation leiten, daß sie, wenn sie meiner habhaft geworden wäre, auch meine vermuteten Informanten verhaften könnte, die sie in Ost-Berlin, in der DDR, vermutete. Unausgesprochen läßt sich das auch aus den Akten herauslesen.

Am 28. März 1955, also drei Tage vor meiner Entführung, legte besagter Hauptmann Buchholz seinem Chef, Oberst Erich Jamin, damals Leiter der Abteilung 1 in der Hauptabteilung V, die speziell zur Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit zuständig war, eine Aktennotiz vor, in der er meine D natürlich nicht als Entführung, sondern als Festnahme charakterisierte D Überführung begründete. Ich zitiere: "Die feindliche Tätigkeit von Fricke besteht darin, daß er durch Personen aus der DDR Unterlagen und Material über führende Funktionäre der Partei, Wirtschaft und Verwaltung erhält. Durch die Festnahme des Fricke soll erreicht werden, die Methoden unserer Feinde erkennen zu lernen."

In Schlafsack verschnürt über die Sektorengrenze

Am 1. April 1955 wurde meine Entführung Ereignis. Wie ich im besinnungslosen Zustand in den Osten Berlins transportiert worden bin, weiß ich nicht. Nach Aktenlage wurde ich in einem Schlafsack verschnürt und von einer sogenannten operativen Gruppe der Hauptabteilung VIII in einem PKW über die Sektorengrenze verbracht. Es gab damals noch keine Mauer. Alles geschah bei Dunkelheit. In einer Einlieferungsanzeige vom 1. April 1955 wurde als Zeitpunkt der Festnahme "gegen 23.00" Uhr notiert. Aktenkundig ist weiter, daß meine Entführung keine aus dem Zufall geborene singuläre Operation, sondern Bestandteil einer stabsmäßig geplanten Großaktion war. Entsprechend der Dienstanweisung Nr. 54 vom 16. November 1954 hatte der damalige Oberst Bruno Beater, seinerzeit Chef der Hauptabteilung V, darin die Grobplanung einer umfangreichen Operation mit dem Ziel niedergelegt, "einen konzentrierten Schlag gegen die Untergrundbewegung zu führen". Beater wiederum handelte auf ausdrückliche Weisung Mielkes. Zur Vorbereitung der Operation, die unter dem Code "Aktion Blitz" lief, wurde in Beaters Hauptabteilung ein sechsköpfiger Einsatzstab gebildet, der die Operation planmäßig vorbereiten und das Zusammenwirken mit den zuständigen Dienstseinheiten in den Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit koordinieren sollte. Das Aktionsfeld der Operation war von vornherein nicht auf die DDR beschränkt, sondern umfaßte ausdrücklich auch West-Berlin und Westdeutschland. D.h. außer Festnahmen in Ost-Berlin und der DDR waren Entführungen aus West-Berlin und dem Bundesgebiet vorgesehen. Die Dienstseinheiten der Linie V, so hieß das im Stasijargon, wurden angewiesen, Sachstandsberichte solcher operativen Vorgänge vorzulegen, "die zur Liquidierung reif und als Festnahmeaktion von Bedeutung sind". Und weiter wörtlich aus dem Maßnahmenplan: "Besondere Bedeutung kommt hierbei den Vorgängen zu, deren Liquidierung in West-Berlin und Westdeutschland ihren Ausgang finden muß."

Der konzentrierte Schlag der Staatssicherheit sollte sich gegen Organisationen und Institutionen in West-Berlin richten, die oppositionelle und widerständige Kräfte in der DDR unterstützten, politisch und organisatorisch, wie die Ostbüros von CDU, LDP und SPD, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, den Untersuchungsausschuß Freiheit der Juristen, aber auch gegen Agenturen westlicher Nachrichtendienste, die es natürlich auch in West-Berlin gegeben hat. Schließlich wurden in einem Plan zur Operation "Blitz" die konkreten Aktionen benannt, darunter auch Verschleppungen, die natürlich nicht als solche, ich erwähnte es schon, sondern als "Überführungen" bezeichnet wurden. Bestandteil dieses Operativplanes war auch meine eigene Entführung, die einer jahrelang geübten Praxis der Staatssicherheit entsprang. Insgesamt liegt die Zahl der von ihr in den 50er und 60er Jahren getätigten Verschleppungen nach Ost-Berlin und in die DDR zwischen 600 und 700. Darunter befanden sich 120 namentlich ermittelte Überläufer aus der Staatssicherheit, die als sogenannte Verräter zurückgeholt und im Regelfall zu harten Strafen verurteilt wurden, mehrere sogar zum Tode.

Vier Jahre Zuchthaus nach Artikel 6 der DDR-Verfassung

Was mich anbelangt, so befand ich mich seit dem Abend des 1. April 1955 in dem Zentralen Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen. Es war sozusagen die Lubljanka der DDR, und es begann eine 467tägige Untersuchungshaft in totaler Isolation. Es folgte am 11. Juli 1956 meine Verurteilung wegen Kriegshetze nach Art. 6 der DDR-Verfassung zu vier Jahren Zuchthaus durch den 1. Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR, die ich in den Zuchthäusern Brandenburg-Görden und Bautzen II zu verbüßen hatte.

Ich will das hier nicht im einzelnen darlegen. Wir wollen ja diskutieren, vor allen Dingen auch mit Ihnen, meine Damen und Herren. Ich könnte konkret nachweisen, daß meine Untersuchungsakten monatelang in der Abteilung "Staatliche Verwaltung" im Zentralkomitee der SED geprüft und bearbeitet wurden, daß auf ihre Weisung hin die Anklageschrift mehrmals geändert werden mußte, daß ich zunächst mit 15 Jahren Zuchthaus bedacht werden sollte und zuletzt daß das geht alles aus den Akten hervor daß aus "veränderten Gesichtspunkten" heraus vier Jahre Zuchthaus erhielt usw. Das für mich entscheidende daß deshalb auch schrieb ich mein Buch "Akten-Einsicht" daß war die mir sich bietende Möglichkeit, die Diktatur der SED anhand ihrer eigenen Akten zu entlarven, oder um ein Wort von Bärbel Bohley zu zitieren: "Lange habe ich geglaubt, daß die DDR zu reformieren sei. Erst die Akteneinsicht hat mich endgültig von diesen Träumen befreit." Das ist der politische Kern der Wahrheit aus den Akten der Staatssicherheit.

Verfolgung und Überwachung. Ein biographischer Rückblick

Vera Lengsfeld

Es ist mir nicht ganz leicht gefallen, diesen Part zu übernehmen. Wenn ich über biographische Erfahrungen mit der Staatssicherheit rede, dann wird damit vor allen Dingen ein Thema assoziiert: Es ist vorhin schon genannt worden, IM Donald, mein ehemaliger Mann, der, wie ich erst nach Öffnung der Akten erfuhr, für die Staatssicherheit gearbeitet hat. Eine zweite Erwartung kommt hinzu, die auch schon angesprochen worden ist: Daß ich etwas zur Rolle von Gregor Gysi während unserer Abschiebung aus dem Gefängnis Hohenschönhausen sage. Zu beiden Themen werde ich mich heute nicht äußern.

Ich habe, was IM Donald betrifft, zahlreiche Interviews und Stellungnahmen abgegeben und sogar ein Buch verfaßt. Wer Interesse hat, der kann das dort nachlesen. Zu Gregor Gysi wird demnächst im Bundestag der Immunitätsausschuß abschließend beraten. Ich bin ganz zuversichtlich, was das Ergebnis dieser Beratungen sein wird, und ich werde deshalb diesem Ergebnis nicht vorgreifen, obwohl es sehr viel zu sagen gäbe.

Ich möchte bei meinem Vortrag weniger darauf eingehen, wie sich die Verfolgung durch die Staatssicherheit im nachhinein in den Akten präsentiert, ich möchte mich vielmehr darauf konzentrieren, wie wir sie damals erlebt haben und welche Abwehrmechanismen wir entwickelt haben. Ich gehöre zu denen, die das Wort Opfer nicht so gerne auf sich beziehen. Das hat immer so etwas Passives und impliziert, daß man ständig nur verfolgt worden wäre und ununterbrochen gelitten hätte. Das war nicht der Fall. Wir haben uns auch gewehrt gegen die Staatssicherheit, zum Teil sehr erfolgreich, und ich möchte nicht, daß das vergessen wird.

Wir haben uns auch gegen die Staatssicherheit gewehrt

Ich gehörte Anfang der 80er Jahre zu den Mitgründern eines der ersten Friedenskreise der DDR, des Friedenskreises Pankow. Wir trafen uns das erste Mal im Herbst 1981 nach einem Gemeindetag, dessen Motto "Gegen Todsicherheit" hieß. Während dieses Gemeindetages kursierte ein Zettel, auf dem stand, wer Lust hätte, zu diesem Thema weiter zu arbeiten, der solle seine Adresse aufschreiben. Das haben etwa 50 Leute getan. Die trafen sich etwa einen Monat später im Gemeindesaal der Gemeinde Altpankow, und aus dieser Gruppe wurde einer der bekanntesten Friedenskreise der DDR, nicht der spektakulärste, aber einer der größten. In seinen Hochzeiten waren es etwa 80 aktive Mitglieder mit einem Umfeld von vielleicht weiteren 50 Leuten, die ab und zu dazukamen. Wir hatten über Jahre regelmäßige Veranstaltungen, trafen uns einmal im Monat in großer Runde, hatten zeitweise bis zu zehn Arbeitsgruppen, die sich zum Teil in wöchentlichen Abständen in Privatwohnungen trafen. Ich selbst war die Initiatorin einer Umweltgruppe, die sich wöchentlich in meiner Wohnung traf. Das sage ich nur, um einmal die Skala dieser Aktivitäten ein bißchen zu charakterisieren.

Virus gegen Friedenskreis

Wir waren uns, als wir damals diesen Friedenskreis gründeten, erst einmal nicht im klaren, ob es uns gelingen würde, sozusagen halböffentlich arbeiten zu können. Es stellte sich dann heraus, daß das möglich war. Und wir waren uns natürlich auch darüber im klaren, daß das, was wir da taten, früher oder später die Aufmerksamkeit der Staatssicherheit erregen würde. Tatsächlich war das dann ein Jahr später der Fall. Der Operativvorgang Virus, in dem unser Friedenskreis erfaßt war, ist im Herbst 1982 angelegt worden. Es sind auf den Friedenskreis an die 50 inoffizielle Mitarbeiter angesetzt worden. Dazu kam, daß die Staatssicherheit von einem bestimmten Zeitpunkt an entschied, in unsere öffentlichen Veranstaltungen, die einmal im Monat stattfanden, gezielt Diskutanten zu schicken. Das sah für uns so aus, daß eines Tages, als wir zum Gemeindesaal kamen, dort vor verschlossener Tür in kleinen Grüppchen junge Männer standen, immer zu fünf. Später haben wir aus den Akten entnehmen können, daß sie tatsächlich in Fünfergruppen organisiert waren, mit einem Leiter, der eine Leiterschulung bekam. Das Ulkige war, sie konnten sich nie daran gewöhnen, daß wir zu den Spätkommern gehörten. Der Beginn des Friedenskreis war um 20.00 Uhr angesetzt. Es ging frühestens um viertel nach los. Aber diese Männer standen immer schon eine Viertelstunde vorher da. Wir haben sofort gesehen, schon an ihrem Outfit, an ihren Turnschuhen, an dieser Art durchtrainierter Figur und diesem volkseigenen Exquisit-Chic, den sie da trugen, um wen es sich handelte. Wir mußten sie natürlich reinlassen. Es war dann die Frage, wie wir damit umgehen sollten. Da hatte unsere Pastorin, Ruth Misselwitz, einen ganz genialen Einfall. Sie sagte bei der Begrüßung, es seien ja so viele neue Leute dazugestoßen, und wir hätten am Anfang uns immer gegenseitig vorgestellt. Das hätten wir jetzt seit Monaten nicht mehr getan. Aber in Anbetracht der vielen neuen Leute, sollten wir das wieder aufleben lassen. Sie wandte sich dann gleich an den jungen Mann rechts neben ihr und sagte, er solle mal anfangen. Und das war offenbar eine Situation, die vorher nicht durchgespielt worden war mit den jungen Männern. Er stand auf und sagte: "Also ich bin der Lutz". Das war o.k. Der nächste stand auf, und dem fiel nichts ein. Der sagte wieder: "Ich bin der Lutz." Und als der dritte das war tatsächlich so daß dann auch Lutz war, da haben wir so gelacht, wie Sie jetzt, und die hatten dann ihre Spitznamen weg, das waren die Lutzis. Aber es war nicht immer so lustig mit den Lutzis. Später haben sie uns sehr zugesetzt. Die hatten, das konnte man beobachten, unterschiedliche Taktiken. Zuerst gaben sie sich als interessierte Bürger, die sich einbringen wollten, und kamen mit einer ganzen Menge von Vorschlägen. Sie seien auch für Abrüstung, man sollte ganz besonders etwas gegen den geplanten Weltraumkrieg der USA machen. Oder sie seien auch schon gegen SS 20, aber das wichtigere Problem seien doch die NATO-Raketen usw. Sie haben auf ganz unterschiedliche Weise versucht, die Diskussion zu beeinflussen und traten jeweils mit wechselnden Taktiken auf, auf die wir uns einstellen mußten. Und wir haben dann auch eine ganze Menge Sachen probiert, um sie so ein bißchen zu dämpfen. Wir haben einmal Gruppen gebildet, Arbeitsgruppen, und dabei haben wir reine Lutzigruppen gebildet, damit die unter sich diskutieren mußten. Oder wir haben es einmal absichtlich umgekehrt gemacht, um sie einzeln ein bißchen unter Druck zu setzen. Wir haben dann auch versucht, sie nach der Veranstaltung in irgendein Café einzuladen. Das hat nie geklappt. Darauf haben sie sich nie eingelassen. Sie haben immer daß das war auch für uns sichtbar daß auf ihre Instruktionen geachtet. Wenn angesagt war, heute ist Troublemaking, dann sprang einer auf und erklärte, ihm sei eben seine Geldbörse geklaut worden. Und er wollte eine Schlägerei anfangen. Andere sprangen auf und wollten ihm dabei helfen.

Stasispalier bis zur Erlöserkirche

Auf diese Weise sollte unsere Arbeit unterbunden oder wenigstens so stark beeinträchtigt werden, daß wir die Lust verlieren sollten. Wir hatten es über drei Jahre mit denen zu tun. Jeden Freitag. Und das mag eine Menge Menschen davon abgehalten haben, zu unserem Friedenskreis zu kommen, weil es wirklich schwer erträglich war, immer diese jungen Männer dabei zu haben. Im nachhinein konnten wir aus den Akten entnehmen, daß die Staatssicherheit selbst realisiert hatte, daß diese Ð das waren übrigens Studenten aus dieser Potsdamer Stasihochschule Ð von uns erkannt worden waren. Freya Klier hatte das als erste mitgekriegt und hat sie damit konfrontiert. Danach sind uns andere Leute geschickt worden. Die sollten als unauffällige Bürger erscheinen. Es wurde viel Wert drauf gelegt, daß diese Leute einzeln kommen sollten, als Hausfrau oder als Lehrerin. Auch die sind relativ schnell erkennbar gewesen, aber nicht alle. Das war eine weitere Möglichkeit, unsere Arbeit zu beeinträchtigen. Solche ganz offensichtlich geplanten Abschreckungsaktionen sind oft gemacht worden. Die Friedenswerkstatt fand zum Beispiel immer im Juni in der Erlöserkirche in der Nähe vom S-Bahnhof Rummelsburg statt. Jedes Jahr bildeten Stasileute ein Spalier, das vom Bahnhof Rummelsburg bis zur Kirche reichte. Alle, die zur Friedenswerkstatt wollten, mußten dort hindurch. Sie standen in der Regel nur da und taten nichts. Aber es sollte als Bedrohung wirken, und es wirkte auch auf viele so. Diese offensichtlichen Bedrohungstaktiken sind oft geprobt worden. Ich kann mich erinnern, daß ich einmal von einer Besprechung des Friedenskreises bei Misselwitzens nach Hause gelaufen bin, weil es so spät war und keine Straßenbahn mehr fuhr. Ich ging die Berliner Straße in Pankow lang, es war nach Mitternacht und die Straße war leer, wie das zu DDR-Zeiten üblich war. Von der Wohnung der Misselwitzens bis zu meiner, die sich am Amalienpark befand, fuhr im Schrittempo ein Wagen mit vier jungen Männern neben mir her. Es war sehr schwer, das auszuhalten. Ich habe auch erlebt, daß ich in meine Wohnung gekommen bin, nachdem ich einkaufen war, und die Tür war auf und mein Arbeitszimmer war durchwühlt. Es fehlte nichts, aber alles durcheinandergeschmissen. Ich war damals hochschwanger. Ich sollte Angst bekommen. Obwohl ich wußte, daß es sich um Angstmache handelte, brauchte ich eine ganze Weile, um den Schock zu überwinden und die Angst wieder zu verlieren. Das waren Einschüchterungstaktiken, die auf die eine oder andere Weise fast an jedem von uns ausprobiert worden sind. Da kann jeder Geschichten erzählen.

Berufsverbot von Krenz persönlich angeordnet

Es gab daneben die schärferen Maßnahmen. Über mich wurde 1983 ein Berufsverbot verhängt. Das wurde übrigens interessanterweise, wie ich dann aus den Akten erfahren habe, vom Möchtegernreformer Egon Krenz persönlich angeordnet. Wir hätten uns damals Anfang der 80er Jahre nicht träumen lassen, daß wir als Friedenskreis so eine hohe Aufmerksamkeit genießen. Über Berufsverbote gegen Mitglieder unseres Friedenskreises ist in verschiedenen Fällen nachgedacht worden, wie wir dann den Maßnahmeplänen entnehmen konnten. Das hat ja auch etliche Leute aus der Opposition früher oder später getroffen. Ein weiteres Mittel der Disziplinierung war Reiseverbot. Wenn ich jetzt Reiseverbot sage, dann meine ich nicht ein Reiseverbot in den Westen, sondern ein Reiseverbot in den Osten. Mich hat es Mitte der 80er Jahre getroffen, und zwar zu einem Zeitpunkt, als es sehr starke innerfamiliäre Wirkungen hatte. Ich erzähle das, weil es ein Beispiel dafür ist, daß die Staatssicherheit sich auch nicht gescheut hat, Kinder bei ihren Repressionsmaßnahmen mit zu beeinträchtigen.

Dieses Bild, wie er mit seinen Tränen kämpft

Es war das Jahr, in dem mein ältester Sohn Philipp Jugendweihe hatte. Er wollte kein Geschenk, sondern eine Reise. Wir hatten über das Reisebüro ganz offiziell eine Reise nach Kasachstan gebucht. Ich hatte mit ihm lange darüber gesprochen und ihn darauf vorbereitet, daß wir die Reise eventuell nicht bekommen, und wenn doch, daß ich dann keine Ausreise kriegen könnte. Aber es schien alles zu klappen. Die ganze Sache zog sich über ein halbes Jahr hin. Bis wir dann in Schönefeld am Abfertigungsschalter standen und Philipp schon durch die Kontrolle war und im Flugzeug saß. Da wurde ich aufgehalten, und man sagte mir: "Tut uns leid, sie nicht!" Mein Sohn mußte dann zurückgeholt werden. Dabei erlebte ich einen Akt ganz spontaner Zivilcourage und Hilfsbereitschaft. Der Reiseleiter nämlich war entsetzt, was sich da vor seinen Augen abspielte, und er bot mir spontan an, daß er sich um meinen Sohn kümmern werde. Ich mußte mich da um nichts sorgen. Aber mein Sohn hat es dann abgelehnt zu fahren, weil er in jedem Augenblick der Reise daran denken mußte, daß ich da nicht mitkonnte. Dieses Bild meines Sohnes, wie er da mit seinen 14 Jahren mit den Tränen kämpft und nicht vor denen schwach erscheinen will, das hat sich mir sehr tief eingeprägt. Für mich war das der Punkt, wo ich mit dem Regime dann fertig war und auch nicht mehr an eine Reformierbarkeit dieser DDR geglaubt habe.

Eine andere häufig praktizierte Methode der Staatssicherheit war die Zerstörung des guten Rufes einzelner Personen. Zum Beispiel wurde gern gegen bestimmte Leute das Gerücht lanciert, sie wären Mitarbeiter der Staatssicherheit. Ich selber bin zweimal mit so einem Gerücht gequält worden und kann aus persönlicher Erfahrung sagen, was das bedeutet, sich mit so einem Gerücht auseinandersetzen zu müssen. Ich habe damals ziemlich offensiv reagiert. Ich habe mich mit den Leuten hingesetzt, habe darüber gesprochen, und es ist dann auch gelungen, das mehr oder weniger auszuräumen. Für mich ist es einer der befreienden Aspekte der Aktenöffnung gewesen, daß diese Maßnahmepläne dann eben auch öffentlich wurden und man nachlesen konnte, was eigentlich von all den Ereignissen, die wir erlebt haben und die wir durchstehen mußten, Stasi-gemacht war und was nicht.

Innere Befreiung durch Aktenöffnung

Ich habe es als eine Befreiung empfunden und auch als eine Möglichkeit, im nachhinein mit bestimmten Ereignissen im Leben klarzukommen. Wir können in den Akten nachvollziehen konnten, wo persönliche Freundschaften im Laufe der Zeit zerstört worden sind, wo es gewollte Mißverständnisse gegeben hat, wo merkwürdige Ereignisse produziert worden sind. Daß wir jetzt die Möglichkeit haben, durch die Aktenöffnung genau abzuklären, welches unsere eigenen Irrtümer waren und welches Irrtümer waren, die uns die Stasi sozusagen vorfabriziert hat, wo es Mißverständnisse gab, die gar nicht unsere eigenen, sondern die Stasi-gemacht waren, und wo es unangenehme, ekelige Ereignisse gab, die Produkte eines Maßnahmeplanes und einer verwirklichten Zersetzungsmaßnahme gewesen sind. Und allein schon aus diesem Grund war es richtig und wichtig und sogar von therapeutischer Notwendigkeit, die Stasi-Akten zu öffnen. Erst das hat vielen Betroffenen die Möglichkeit gegeben, im nachhinein Ordnung in ihr Leben zu bringen und ganz bestimmte schlimme Dinge auszuräumen.

Zum Schluß würde ich gern noch darauf eingehen, daß die Staatssicherheit ein gesamtdeutsches Problem gewesen ist. Darauf kann man nicht oft und ernst genug hinweisen. In unserer Akte Heuchler. Und das ist der operative Vorgang, der anläßlich unserer Abschiebung in den Westen angelegt wurde. Und spielen IM im Westen eine große Rolle. Wir sollten auf öffentliche Veranstaltungen eingeladen werden. Dort sollten die IMs uns zu staatsfeindlichen Äußerungen veranlassen, die wiederum als Vorwand hätten dienen können, uns auszubürgern usw. Allein die Liste der IMs, auf die die Staatssicherheit im Westen in unserem Fall zurückgegriffen hat, ist erstaunlich. Es hat also nicht nur Leute in der DDR gegeben, die sich immer mehr oder weniger darauf berufen, daß sie zwangsweise für die Staatssicherheit gespitzelt haben. Es gab eben auch Leute im Westen, die solche Zwänge nicht geltend machen können, die aus ideologischer Neigung einem Geheimdienst zu Diensten waren. Geld spielte dabei übrigens kaum eine Rolle. Wie ich den Akten entnehmen konnte, überwiegen die ideologischen Motive bei weitem. Die Geldsummen, die eine Rolle spielten, sind eher zu vernachlässigen. Ich finde es in gewisser Weise noch erschreckender, wenn ideologische Gründe jemanden dazu veranlassen, solche Drecksdienste zu leisten. Das ist das tieferliegende Problem, mit dem wir auch jetzt zu tun haben.

Wir haben als Opposition, als Bürgerrechtler damals in der DDR ein real existierendes System bekämpft und uns gewehrt. Es wird oft gesagt, die Bürgerrechtler hätten damit ihre Aufgabe erfüllt und wären jetzt überflüssig. Ich denke, das Gegenteil ist der Fall. Denn wir haben jetzt eventuell sogar eine schwierigere und subtilere Auseinandersetzungen zu führen, nämlich mit dem geistigen Erbe dieser real existierenden Diktatur. Ich habe das fatale Gefühl, daß die Linke, nachdem sie ihre Sprachlosigkeit überwunden hat und jetzt nicht mehr in der Notwendigkeit steht, gleichzeitig einen Polizeistaat verteidigen zu müssen, wieder hemmungslose Sozialismusappologie betreibt und wieder der Meinung ist, das Sozialismusmodell wäre ein wertvoller geistiger und gesellschaftstheoretischer Ansatz, der bisher noch nicht richtig verwirklicht wurde.

Ich halte daran fest, daß es von einer Gesellschaft, die eine Stasi-Fratze hervorgebracht hat, kein humanitäres Antlitz gibt. Dieser Auseinandersetzung müssen wir uns stellen.

Die Aufarbeitung der Stasi-Akten.

Bericht der Landesbeauftragten in Sachsen-Anhalt für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Edda Ahrberg

Der Landtag von Sachsen-Anhalt beschloß am 18. August 1993 ein Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Zweck dieses Gesetzes war es:

1. durch a) die Einrichtung des Amtes einer Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und b) die Benennung von Beiratsmitgliedern beim Bundesbeauftragten von den dem Land durch das Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Dezember 1991 eingeräumten Möglichkeiten Gebrauch zu machen, um die Arbeit des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zu unterstützen, und
2. durch den Kontakt der Landesbeauftragten zu Bürgerinnen und Bürgern einen wirkungsvollen Beitrag zur Aufarbeitung und Bewältigung der vom Staatssicherheitsdienst belasteten Vergangenheit im Sinne des § 1 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zu leisten, indem a) den Bürgerinnen und Bürgern insbesondere Schutz und Hilfen angeboten, b) Initiativen zur Selbsthilfe von Betroffenen und Dritten unterstützt und c) der Dialog zwischen Betroffenen und Mitarbeitern oder Mitarbeiterinnen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik ermöglicht werden.

Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurde am 16. Dezember 1994 die Landesbeauftragte gewählt. Ihr stehen zur Bewältigung der Aufgaben inzwischen vier Mitarbeiter zur Verfügung. Der Aufbau der Behörde ist abgeschlossen.

Neben der Aufgabe, den Bürgern eine Anlaufstelle für sämtliche im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit auftretenden Probleme zu sein, legt das Gesetz weitere konkrete Aufgaben fest.

Diese bestehen in: 1. der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes; 2. der Unterstützung der historischen Forschung und der politischen Bildung bei der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes; 3. der Information und Beratung von natürlichen Personen, anderen nicht-öffentlichen Stellen und öffentlichen Stellen; 4. der Einrichtung und Unterhaltung von Dokumentations- und Ausstellungszentren.

Im folgenden soll über einzelne Bereiche näher berichtet werden.

Beratung von Menschen, denen sehr weh getan wurde

Zu den Ratsuchenden, die sich mit der Bitte um Unterstützung an die Behörde wenden, gehören Menschen, denen in der ehemaligen DDR aus politischen Gründen Unrecht geschah, aber auch diejenigen, die dafür Verantwortung trugen, und nicht zuletzt auch diejenigen, die sich die verordneten Bilder zu eigen machten und Eingriffe in persönliches Leben anderer tolerierten und guthießen. Die Gespräche sind meistens sehr lang und intensiv. Lebensgeschichten werden erzählt, um ein Problem deutlich machen zu können, dessen Ursache häufig schon vor Jahrzehnten zu suchen ist. Es geht um die Möglichkeiten der Einsichtnahme in die Archivbestände des MfS, mit dem Ziel, quälende Fragen zu beantworten. Es geht um die Aufhellung geschehenen Unrechts, dessen Gründe vielen unbekannt waren. Und es geht häufig um die Fortwirkung erlebter Haft, staatlich manipulierter Lebenswege oder auch der eigenen Verstrickung mit der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit.

In der Beratung habe ich es in erster Linie mit Menschen zu tun, denen häufig in der Vergangenheit sehr weh getan wurde. Das Spektrum reicht hier sehr weit. Es beinhaltet kurzzeitige Verhaftungen, lange Haftstrafen, Verhöre, jahre- oder jahrzehntelange Verfolgung durch staatliche Stellen und Beobachtung und Eingriffe in die intimsten Vorgänge menschlichen Lebens durch Mitarbeiter des MfS. Gedacht sei hier auch an die vielfältigen Versuche, grenzüberschreitende Liebe und Freundschaften zu verhindern. Vor 1989 konnte über diese Erfahrungen nur sehr eingeschränkt im Osten geredet werden. Aus Angst vor erneuten Repressalien, die auch von den Verantwortlichen angedroht wurden (z.B. mußten die Häftlinge bei ihrer Entlassung unterschreiben, daß sie gegenüber jedermann über die Erlebnisse im Gefängnis Stillschweigen bewahren), schwiegen fast alle D auch gegenüber den Familienangehörigen. Als ein Beispiel sei hier ein Mann genannt, der 1995 zum Gespräch in unsere Behörde kam. Er hatte die Zeit vom 17. Juni 1953 bis November 1960 im berüchtigten Zuchthaus Bautzen verbracht, weil er ein Plakat von der Wand gerissen hatte. Bei der Verhaftung war er zwanzig Jahre alt. Über diese Zeit hatte er bis 1995 mit seinen Kindern nicht gesprochen. Zunächst weil er Angst hatte, daß diese dadurch in der Schule Schwierigkeiten bekommen könnten, später, weil er es immer wieder zurückstellte D zurückdrängte. Er hat ganz allein damit all die Jahre gelebt. Solche Menschen wie er schleppen die Haftjahre wie einen schweren Sack mit sich herum, der nur ganz langsam mit Hilfe anderer leichter werden kann. Zusätzlich haftete diesen Menschen in der Zeit vor 1989 ein Makel an, denn viele ihrer angepaßten Mitbürger, die von den Haftstrafen Kenntnis erhielten, wandten sich mit dem Satz ab: "Na, irgendetwas wird schon daran sein!" Das Vertrauen in die Propaganda der SED war an dieser Stelle groß, die verkündete, daß es in der DDR keine politischen Gefangenen gäbe und deshalb natürlicherweise alle Kriminelle sein mußten.

Hinzu kommen all diejenigen, die nicht studieren durften, weil sie Christen waren, oder die, die aus politischen Gründen exmatrikuliert wurden. Hierzu gibt es eine Vielzahl von Beispielen. Für Sachsen-Anhalt liegen momentan ca. 10500 Anträge auf eine Rehabilitierung nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz vor.

Beantwortung quälender Fragen, kein Schrei nach Rache

Im Mittelpunkt der Gespräche mit Betroffenen, also Menschen, die zielgerichtet durch das MfS beobachtet und bearbeitet wurden, steht immer wieder die schleppende Einsicht in die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, die langen Wartezeiten bei der Antragstellung, aber auch die Weiterbeschäftigung ehemaliger inoffizieller Mitarbeiter oder anderer Funktionsträger des ehemaligen Systems in Bereichen des öffentlichen Lebens. Es wird bemängelt, daß die öffentliche Diskussion häufig "täterbezogen" geführt wird. Es entsteht zunehmend nach solchen Gesprächen der Eindruck, daß bei der ostdeutschen Bevölkerung das Vertrauen in eine mögliche Aufarbeitung der Vergangenheit durch den Rechtsstaat schwindet. Die bisher von diesen Menschen aufgebrachte Geduld zeigt jedoch, daß sie mit ihren Erinnerungen und Erfahrungen nach erfolgter Akteneinsicht verantwortungsvoll umgehen. Ihr Anliegen ist meist die Beantwortung der quälenden Frage nach dem Warum und nicht der Schrei nach Rache.

Nach wie vor wenden sich auch Mitarbeiter des MfS mit ihren Problemen bei der eigenen Bewertung ihrer Tätigkeit durch das MfS und bei der Bewertung durch den Arbeitgeber an die Landesbeauftragte.

Auf 95 Einwohner ein IM

Für die Bezirksverwaltung des MfS Magdeburg ist bekannt, daß in ihrem Bereich von 1950 bis 1989 ca. 13500 IM arbeiteten. Das bedeutet für 1986 auf 95 Einwohner ein IM oder GMS (BF informiert 3/1993). In dem Bereich der BV Halle waren es ca. 11500. Das waren 1986 auf 159 Einwohner ein IM/GMS. In zahlreichen Gesprächen hat sich herausgestellt, daß es diesen Leuten schwerfällt, ihren eigenen Beitrag zur Arbeit des MfS zu erkennen und zu akzeptieren. Sie hatten keinen Einfluß auf die Verwendung ihrer Informationen. Auch positive Informationen konnten nachteilige Wirkungen für die Betroffenen nach sich ziehen, wenn z. B. jemand über einen Nachbarn berichtete, daß dieser regelmäßig um 6 Uhr das Haus verlasse, um pünktlich zur Arbeit zu kommen, war es wahrscheinlich, daß die MfS-Mitarbeiter um 8 Uhr nicht bei einer konspirativen Hausdurchsuchung durch ihn gestört wurden. Heute müssen sich die inoffiziellen Mitarbeiter damit auseinandersetzen, daß sie ein Rädchen im Getriebe waren. Erst eine intensive Konfrontation mit den Aufzeichnungen des Führungsoffiziers füllt häufig die Gedächtnislücken.

Besonders seien hier die Jugendlichen erwähnt, die von der Kriminalpolizei und vom MfS als Spitzel geworben und zur Lüge gegenüber ihresgleichen und ihren Eltern angehalten wurden. Das führte bei einem Jugendlichen aus der Punk-Bewegung dazu, daß er auf Grund der dauernden Gespräche mit Polizei und MfS vor 1989 so verunsichert war, daß er meinte, von ihnen als Inoffizieller Mitarbeiter benutzt worden zu sein. Erst nach der Akteneinsicht stellte sich heraus, daß er Zielobjekt des MfS war. Ein weiteres Beispiel dafür, daß MfS-Akten auch entlasten können! Sie zwingen allerdings zur Auseinandersetzung und zur Entscheidung. Ich erinnere mich an eine Frau, die über ihre Kollegen zahlreiche Berichte für das MfS verfaßt hatte. Da sie schon immer gern Aufsätze geschrieben hatte, machte ihr das nichts aus. Sie war Angestellte im öffentlichen Dienst und bei der Überprüfung bekam ihr Arbeitgeber davon Kenntnis. Ihr wurde gekündigt. Sie selbst war davon überrascht, weil sie noch nie so richtig über ihr Tun nachgedacht hatte. Noch tagelang hat sie morgens das Haus verlassen, so als würde sie zur Arbeit gehen, weil sie Angst hatte, ihrem Mann und ihrem Sohn davon zu erzählen. Erst nachdem sie diese Gespräche geführt hatte, war Erleichterung zu verspüren. Sie mußte einen neuen Anfang machen, aber das kann auch eine Chance sein. Bei der hohen unverschuldeten Arbeitslosigkeit ergeht das vielen Menschen in Ostdeutschland so.

Allgemein muß festgestellt werden, daß kaum jemand aus diesem Personenkreis Gedanken über ein eventuelles Schuldiggewordensein äußert. Der Eindruck entsteht, daß diese Tätigkeit in den meisten Fällen ausgeblendet, verdrängt oder heruntergespielt wird. Es wird jedoch auch weiter festgestellt, daß sehr lange, z. B. auf dem Hintergrund des Auskunftsbereiches des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes geführte Gespräche in einigen Fällen eine innere Auseinandersetzung mit sich brachten.

In der letzten Zeit mehrten sich auch hier die Beschwerden über die Weiterbeschäftigung anderer Funktionsträger aus dem SED-Parteiparat oder staatlichen Organisationen, wie z. B. der Räte der Bezirke im öffentlichen Dienst. Zunehmend erreichen die Behörde auch Anfragen von Betroffenen aus den Alten Bundesländern, da es dort wenig Kontaktstellen für diese Probleme gibt. Die Fragen reichen von Informationen über Akteneinsichtsmöglichkeiten bis hin zu Möglichkeiten der Rehabilitierung.

Beratung öffentlicher Stellen

Auf Grund der besonderen Vertrauenswürdigkeit, die der öffentliche Dienst genießen muß, wurde im Einigungsvertrag die Möglichkeit verankert, die Mitarbeiter auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS zu überprüfen. Zugrunde lag dem eine Entscheidung der Volkskammer der DDR. In Sachsen-Anhalt sieht das Ergebnis folgendermaßen aus (Stand: 31.12.1996):

Auf der Ebene der Ministerien, Regierungspräsidien und nachgeordneten Behörden waren ca. 6 Prozent der beantragten Auskünfte des Bundesbeauftragten mit belastender Auskunft, d.h. eine IM-Verpflichtung lag vor. Hiervon wurden 33,6 Prozent der Arbeitsverhältnisse nach einer Einzelfallüberprüfung gelöst und 65,7 Prozent weitergeführt.

Auf der Ebene der Kreisverwaltungen waren ca. 56,2 Prozent der Auskünfte dahingehend, daß eine IM-Tätigkeit vorlag. Hiervon wurden 58,8 Prozent Arbeitsverhältnisse beendet und ca. 35 Prozent weitergeführt. Es hat sich damit gezeigt, daß keine Hexenjagd stattgefunden hat. Die Entscheidungen wurden nach Einzelfallprüfungen getroffen. Aufgabe der Landesbeauftragten in diesem Bereich ist es, auf Wunsch Unterstützung bei der Bewertung der Tätigkeit für das MfS zu leisten. Hierzu wurde von allen Landesbeauftragten gemeinsam ein Arbeitsmaterial erstellt, das auf belastende und entlastende Momente hinweist.

Informationen über die Arbeitsweise des MfS

Eine regionale Beschäftigung mit der Geschichte ist wichtig, weil in Dörfern, Städten und Landkreisen auf eigene Erlebnisse zurückgegriffen werden kann. Umfassende Aufarbeitung kann erst dann geschehen, wenn das persönliche Handeln kritisch in einen größeren Zusammenhang gestellt wird. Dies ist nur im Rahmen regionaler Geschichtsaufarbeitung möglich. Ihr Ziel ist es, einen Beitrag für mehr Offenheit in der Gesellschaft zu leisten. Es sollen Geschichtskennntnisse und Geschichtsverständnis vermittelt werden, um den Menschen zu helfen, ihre Wurzeln zu finden und ihr Handeln zu bewerten.

Zu diesem Zweck werden im Bereich der Arbeitsweise des MfS und seiner Partner in der Gesellschaft durch die Behörde der Landesbeauftragten regionale Forschungsvorhaben initiiert und unterstützt. In regelmäßigen Abständen werden die Ergebnisse in den beiden Broschürenreihen "Betroffene erinnern sich" und "Sachbeiträge" veröffentlicht. Diese werden kostenlos an Interessierte weitergegeben. Auch hier mehren sich in letzter Zeit Anfragen aus den Alten Bundesländern.

Unterstützung von Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen

Mit diesem Punkt komme ich an den Anfang der Ausführungen zurück. Mit der Einrichtung einer Behörde der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes sollte deutlich gemacht werden, daß die Belange der Betroffenen von einer öffentlichen Stelle des Landes ernst genommen werden. Insofern kommt auch der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Opferverbänden eine hohe Bedeutung zu. Indem Menschen auf eigenen Werten beharrten und sich trotz Verfolgungen einer Vereinheitlichung auf allen Gebieten widersetzen, haben sie gezeigt, daß in der DDR Zivilcourage möglich war und manches verändern konnte. Ihnen gehört unsere Anerkennung.

Die Aufarbeitung der Stasi-Akten.

Bericht des Landesbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Peter Sense

In der öffentlichen Diskussion nach der Wende ist das Verhältnis zwischen SED als Befehlsgeber und dem MfS als dem "ausführenden Organ" leider viel zu wenig beachtet worden. Das MfS wird in der Regel als völlig eigenständiger Machtapparat dargestellt. Das ist auch nicht völlig falsch. Eine derartige Sichtweise übersieht jedoch, daß das MfS sehr direkt von der SED angeleitet wurde, und sie übersieht auch, daß die Staatssicherheit mit anderen Institutionen, beispielsweise der Volkspolizei und den Räten der Bezirke, eng zusammenarbeitete.

Diese Vernetzung ist ein Grund dafür, daß auch meine Behörde sich im Rahmen der historischen Aufarbeitung nicht nur auf die Auswertung von Stasi-Akten beschränkt, sondern gerade auch die SED-Archive immer mit berücksichtigt. Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR fördern daher die politische und historische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes und des staatstragenden Parteiapparates der ehemaligen DDR unter Nutzung der in den Archiven hierfür geeigneten Unterlagen.

Schnittpunkte zwischen SED und MfS

Ich möchte ihnen nun zunächst anhand einiger Fundstücke aus dem Schweriner SED-Bezirksparteiarchiv veranschaulichen, wo sich für mich interessante Schnittpunkte zwischen SED und MfS ergeben.

Am ergiebigsten sind hierbei die Akten der Abteilungen für Sicherheit innerhalb der SED. Dort befinden sich bereits aus den fünfziger Jahren genaue Vorgaben über die personelle Verschränkung von SED und MfS auf allen Ebenen, beginnend damit, daß der Leiter einer MfS-Kreisdienststelle gleichzeitig Mitglied im Büro der SED-Kreisleitung ist bis hin zu genauen Vorgaben, wie die SED über ihre Grundorganisationen die Mitglieder des MfS anleitet. Diese Anleitung beschränkte sich nicht auf ideologische Vorgaben und Fragen der "Moral und Disziplin", wie man das damals nannte, sondern bezog ausdrücklich auch die Arbeit auf dem sogenannten "operativen Gebiet" mit ein.

In den Archiven der SED finden sich leider nur wenige Hinweise auf das sogenannte politisch-operative Zusammenwirken mit anderen Institutionen. Hinzu kommt, daß die SED-Akten im Laufe der Jahre immer vorsichtiger formuliert werden. Die Deutlichkeit, mit der in den fünfziger Jahren Sachverhalte benannt wurden, fehlt in den achtziger Jahren.

Ein interessantes Beispiel für das politisch-operative Zusammenwirken sind die Maßnahmepläne, die vom Rat des Bezirkes ausgearbeitet wurden, um z.B. auf Tagungen der Evangelischen Kirche Einfluß zu nehmen. Da kann man nachlesen, wie der Rat des Bezirkes eine Arbeitsgruppe zur Überwachung und Beeinflussung der Synode einrichtete, der Mitarbeiter des MfS, der SED, des Rates des Bezirkes, der CDU und der Volkspolizei angehörten. Allerdings sind derartige Vermerke selten, oft fehlen sie auch ganz.

Ein anderer wichtiger Bereich läßt sich anhand der SED-Akten nicht mehr rekonstruieren: Ich meine die Arbeit der Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen, die das jeweilige Machtzentrum im Kreis bzw. im Bezirk waren.

Für die Erforschung des Verhältnisses der SED zum MfS sind die Akten der SED auf Bezirksebene vor allem für die früheren Jahre von Bedeutung, während sie später an Aussagekraft verloren haben. Dagegen steigt die Bedeutung der MfS-Akten für dieses Thema, je weiter man sich dem Ende der DDR nähert.

Mir ist sehr wohl bewußt, daß die Geschichte der DDR nur dann ausreichend erfaßt werden kann, wenn die Historiker alle zur Verfügung stehenden Quellen berücksichtigen. Nur so kann verhindert werden, daß das MfS isoliert betrachtet wird und der Repressions- und Unterdrückungsapparat in seinem ganzen Ausmaß unterschätzt oder auch mystifiziert wird.

Betreuung von Opfern staatlicher Repression

Dieser Tatbestand gilt auch für einen anderen Arbeitsschwerpunkt meiner Behörde: Wenn es um die Betreuung von Opfern staatlicher Repressionen geht, ist es aus mehreren Gründen sehr wichtig, das Vorgehen des staatlichen Apparates gegen einzelne Bürger rekonstruieren zu können. Es lassen sich anhand der Akten Ansprüche auf Rehabilitierung nachweisen. Mindestens eben so wichtig wie die Möglichkeit, materielle Entschädigung für erlebtes Unrecht zu erhalten, ist die Möglichkeit, mehr Klarheit über die eigene Biographie zu gewinnen. Ein Hauptproblem der Vergangenheitsaufarbeitung besteht eben darin, daß jeder seinen eigenen persönlichen Biographiebruch allein bearbeiten muß.

Die Archive leisten für den Bürger auch durch Bereitstellung wichtiger Daten für RentenD, PensionsD, Wiedergutmachungs- oder Eigentumsansprüche wertvolle Hilfe. Im Unterschied etwa zu Stasi-Archiven gibt es in den SED-Archiven nur in Ausnahmen Personal- oder Kaderakten von SED-Funktionären. In der Regel sind nur Personalakten von verstorbenen Kadern archiviert. Von Oppositionellen und Regimegegnern sind Informationen nur in Sachakten mit starkem Personenbezug enthalten.

Auch der Widerstand in den eigenen Reihen ist in den Unterlagen auf Bezirks- und Kreisebene gut nachweisbar. Parteiausschlüsse waren in der Regel mit Berufsverbot verbunden. Aussagen über Motive des Handelns der Gemaßregelten sind enthalten, die aber nicht die Sicht der Betroffenen wiedergeben, sondern die der Hüter der "Einheit und Reinheit der Partei".

Mecklenburg-Vorpommern ist das einzige Bundesland, indem es noch kein geltendes Landesarchivgesetz gibt. In den 12 Kreisarchiven, 24 Stadtarchiven, zwei Universitätsarchiven, den zahlreichen Archiven von Firmen und Verbänden sowie im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv in Schwerin und dem Vorpommerschen Landesarchiv in Greifswald gilt noch immer die Verordnung der DDR über das staatliche Archivwesen vom 11. März 1976. Da ein Landesarchivgesetz bisher nicht vorliegt, ist nach Art. 19 des Einigungsvertrages grundsätzlich vom Fortbestand der o.g. Verordnung auszugehen. Daneben sind das Bundesarchivgesetz, das Landesdatenschutzgesetz, die Steuergesetzgebung, Meldegesetze und anderes mehr zu beachten. Hinzu kommen noch Einbringungsverträge, wie sie für das Schriftgut der SED und der FDJ vorliegen, die besondere Bestimmungen für den Umgang mit dem Archivgut aufweisen. Eine einheitliche Regelung für alle Bestände existiert jedoch nicht.

In Anlehnung an § 2a Abs. 4 des Bundesarchivgesetzes vom 13. März 1992 sieht der Vertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der PDS über das Archivgut der SED im § 3 Abs. 2 den freien Zugang zu allen Akten vor, soweit diese nicht aufgrund anderer gesetzlicher Bestimmungen hiervon ausgenommen sind. Für das in den Landesarchiven lagernde Schriftgut der SED bedeutet dies, daß fast alle Sachakten und vergleichbares Aktengut der SED ohne Sperrfrist frei zugänglich sind und nur personenbezogenes Schriftgut den im Bundesarchivgesetz genannten Sperrfristen unterliegt.

Alles, was bis zum 17. Dezember 1989 in Form von dienstlichem Schriftgut der ehemaligen SED entstand, kann heute bereits genutzt werden. Allerdings sind einige Voraussetzungen erforderlich, die im wesentlichen wären:

Ð Die Akten müssen archivarisches erschlossen sein.

Ð Benutzer müssen ein berechtigtes Anliegen für eine Einsichtnahme geltend machen.

Ð Die Benutzer erkennen die gültigen Regelungen für die Benutzung der Archivalien an.

Durch die fehlende Rechtssicherheit im Umgang mit den sogenannten Zugangsrechten wird sozusagen im grauen Bereich gearbeitet.

Ein Drittel der SED-Unterlagen noch nicht erschlossen

Der Erschließungsgrad der drei SED-Archive (Rostock, Neubrandenburg, Schwerin) ist unterschiedlich. Während das Schriftgut der Bezirksleitungen Schwerin und Rostock bis 1986 vollkommen und Neubrandenburg teilweise erschlossen und damit benutzbar ist, trifft das für die Kreisleitungen nur bis 1981 zu. Bei Ortsleitungen und Grundorganisationen ist der Stand der Erschließung ebenfalls 1981.

Allgemein kann gesagt werden, daß ein Drittel der SED-Unterlagen überhaupt noch nicht erschlossen ist, während zwei Drittel der Unterlagen zwar vor 1989 von der SED erschlossen wurden, die Erschließung aber den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt.

Zum Wahrheitsgehalt von SED-Akten ist zu sagen: Jeder Historiker, der die SED-Archive als Quelle nutzt, sollte wissen, daß eine gründliche Kritik dieser Quellen unerläßlich ist. Hieraus erwächst die Frage nach ihrem Wahrheitsgehalt und wie sie demzufolge den historischen Prozeß der Entwicklung der DDR richtig widerzuspiegeln vermögen. Berechtigterweise muß man diesbezüglich Bedenken haben. Diese relativieren sich, wenn korrespondierende Unterlagen, etwa die der Räte der Bezirke oder der Blockparteien und Massenorganisationen, bei der Erforschung historischer Vorgänge einbezogen werden. Hierzu sind nach Möglichkeit auch die Unterlagen der Staatssicherheit einzuordnen. Erst in der Gesamtheit der Akten ist die Tragweite der Politik der SED erkennbar, ohne daß man damit den Anspruch erheben könnte, die ganze Wahrheit ergründet zu haben.

Die Art und Weise der Entstehung von SED-Schriftgut, aber nicht zuletzt auch sein fragwürdiger Zweck, lassen Zweifel daran aufkommen, inwieweit Objektivität überhaupt wünschenswert war. So wie die SED bis zu einem gewissen Grad realitätsfern war, eine Konstruktion von Ideen als Wirklichkeit dachte, sind die Akten eine Widerspiegelung dessen. Zum besseren Verständnis dazu ein Beispiel: Wenn in den Dokumenten immer wieder, bis zum Zusammenbruch der DDR, "die Einheit von Partei und Volk" beschworen wird, dann ist das eine Aussage, die auf reinem Wunschdenken basiert. Von der sozialistischen Zielsetzung war nur ein relativ geringer Teil der damaligen Bevölkerung überzeugt. Das bedeutet wiederum nicht, daß alle übrigen Gegner waren und Widerstand geübt hätten. Nur ein kleiner Teil war hierzu bereit und hat ihn auch praktiziert, wie die Unterlagen der Parteikontrollkommission und der Abteilung Sicherheit der Bezirksleitungen belegen.

Schwierige Lage der Archive

Es ist nicht zu übersehen, daß die Archive sich in einer schwierigen Situation befinden. Nach 1989 mußten sie kilometerweise Akten übernehmen. Allein im Landesarchiv Greifswald, zuständig für den früheren Bezirk Rostock, wuchsen die Aktenbestände in kürzester Zeit von 1.500 laufenden Metern auf über 8.000 laufende Meter an, im Landeshauptarchiv Schwerin von 19.000 auf 24.000 Regalmeter.

Gleichzeitig müssen die Archive mit weniger Personal auskommen und einen rasch wachsenden Kreis historisch Interessierter bedienen. Die Landesarchive erhielten für die Bearbeitung der Archive der SED und der Massenorganisationen keine personelle Erweiterung, außer vier befristeten ABM-Stellen, die jetzt in LKZ-Stellen umgewandelt wurden. Für die Unterlagen der SED und Massenorganisationen stehen im Landesarchiv Greifswald 0,5 Stellen und im Schweriner Landeshauptarchiv 1,5 Stellen zur Verfügung. Für die Betreuung des Gesamtbestandes mit teilweise bis zu 600 Jahre alten wertvollen Akten und Urkunden stehen laut Stellenplan 1997 für beide Landeshauptarchive insgesamt lediglich 52 Stellen einschließlich Boten, Hausmeister und Pförtner zur Verfügung. Falls diese Situation sich nicht grundlegend ändert, wird die archivarische Erschließung der Akten von SED, Rat des Bezirkes und anderen noch etwa 20 Jahre in Anspruch nehmen.

Reihe "Aktuelle Fragen der Politik":

1. Joachim Gauck/Gerd Langguth/Wolfgang Schuller/Ines Veith:
Wahrheit und Gerechtigkeit: Taten und Folgen der SED-Diktatur
2. Politische Mitte und nationale Einheit:
Andreas Hermes 1878 – 1964
3. Wolfgang Brezinka/Franz Petermann/Lothar Schneider:
Mut zur Erziehung
4. Alexander Fischer/Manfred Agethen:
Die CDU in der sowjetisch besetzten Zone/DDR 1945 – 1952
5. Hedwig Dohm/Angela Merkel/Rita Süßmuth:
75 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland – Rückblick und Bilanz
6. Lothar Willmitzer/Günter Altner/Hans Mathias Kepplinger/Hans Mohr: Rationalität und Irrationalität in der
Gentechnologie-Diskussion
7. Karl-Ernst Jeismann/Udo Margedant/Wolfgang W. Mickel/
Bernhard Sutor:
Deutschland und Europa im Schulbuch
8. Marc Fischbach/Werner Heldmann/Jürgen Schreier/Rolf Wittenbrock:
Qualitätssicherung des Gymnasiums
9. Hans-Jörg Bücking/Armin Dittmann/Hans-Josef Ruhland/
Dietrich Tessmer/Geerd Woortmann/Reinhard Zedler:
Zur Zukunft der Berufsbildung
10. Jochen Borchert/Elmar Brok/Melanie Piepenschneider:
Europäische Integration als deutsches Interesse
11. Birgit Breuel/Reinhard Göhner/Hans Peter Stihl:
Deutschland – Standort mit Zukunft
12. Karl-Rudolf Korte/Matthias Zimmer:
Der Weg zur deutschen Einheit
13. Wolfgang Schäuble/Bernhard Vogel/Dorothee Wilms/Rainer Jork:
Deutschlands innere Einheit
14. Manfred Kanther/Berndt Seite/Heinz Eggert:
Innere Sicherheit in Deutschland
15. Helmut Kohl/Horst Möller/Hans Maier/Peter Hintze/
Günther Schulz/Gerd Langguth:
Der 20. Juli 1944 – Widerstand und Grundgesetz

16. Karl-Heinz Daehre/Werner Dörflinger/Klaus Groth/
Gerd Langguth/Berndt Seite:
Wohnraum schaffen
17. Norbert Lepszy:
"Die Republikaner" im Abwind
18. Rainer Eppelmann/Hartmut Koschyk/Peter Maser/
Friedrich-Christian Schroeder/Dorothee Wilms/Roswitha Wisniewski:
Die Diktatur der SED – Geschichte und Folgen
19. Paul Krüger/Erwin Teufel:
Zukunft gestalten durch Wissenschaft und Technik
20. Christine Lieberknecht/Arnold Vaatz/Steffen Heitmann:
Unterwegs zur Einheit
21. Winfried Pinger/Ulrich Popp/Karl Osner/Gisela Hayfa/
Burkhard Hinz/Jürgen Wuttke:
Armut bekämpfen – Selbsthilfe fördern
22. Barbara Bertram/Hans Bertram/Ingo Gensch/Marita Körner/
Eva Marie v. Münch/Franz Ruland:
Vater, Mutter – und Beruf?
23. Günther Rütter:
Politische Kultur und innere Einheit in Deutschland
24. Norbert Lammert/Karl Spelberg/Manfred Weiß:
Neue Wege in der Ausbildungsfinanzierung
25. Albrecht Martin/Thomas M. Gauly:
Christliche Grundsätze in der Politik
26. Mariana Aylwin/Monika Baumhauer/Katalin Filó/Monjanku Gumbi/
Lee Hyo-Chae/Marlene Lenz/Claudia Nolte/Amal A. Sabbagh/
Zhang Quingfang:
Weltfrauenkonferenz – Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden
27. Joachim Bitterlich/Rudolf Seiters:
Europäische Aufgaben bis zum Jahr 2000
28. Hans-Olaf Henkel/Jürgen Mittelstraß/Jürgen Rüttgers/Bernhard Vogel:
Wieviel Forschung braucht Deutschland?
29. Peter Lösche/Hans-Joachim Veen:
Die Zukunft der Volksparteien

30. Hartmut Graßl/Angela Merkel:
Ist unser Klima noch zu retten?
31. Brigitte Baumeister/Michael Kastner/Matthias Wissmann:
Wirtschaft trifft Politik
32. Klaus-Jürgen Hedrich/Norbert Herkenrath/Gerd Langguth/
Günter Linnenbrink/Peter Molt:
Mut zur Entwicklungspolitik
33. Dieter Althaus/Matthias Rößler/Wolfgang Schäuble/Hans Zehetmair:
Durch Erziehung Werte vermitteln
34. Heiner Geißler/Klaus-Jürgen Hedrich/Andreas Krautscheid/
Marlene Lenz/Rita Süßmuth:
Menschenrechte als politischer Auftrag
35. Klaus von Trotha/Gebhard Ziller:
Innovation und Biotechnologie
36. Hermann Lübcke/Bernd Neumann:
Informationsgesellschaft – Quo vadis?
37. Lothar Beinke/Johan C. van Bruggen/Armin Dittmann/
Christoph Führ/Jörg-Dieter Gauger/Reinhard Mußgang/
Aloysius Regensbrecht/Jürgen Rekus/Herbert Reul/
Klaus Westphalen/Heinz-Werner Wollersheim
Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft?
38. Gerhard Finn/Frank Hagemann/Peter Maser/Helmut Müller-Enbergs/
Günther Wagenlehner/Hermann Wentker:
Unrecht überwinden – SED-Diktatur und Widerstand
39. Wolfhard Hoffmann/Joachim Jäger/Hermann Lutz/Gerd Neubeck/
Dagmar Pohl-Laukamp/Karl-Heinz Reuband:
Kriminalität in Städten und Gemeinden –
Herausforderung kommunaler Kriminalpolitik
40. Klaus Töpfer/Klaus Rauen/Peter Götz:
Städtegipfel Habitat II– Deutschland und die globale Herausforderung
41. Klaus-Jürgen Hedrich/Klaus-Peter Klaiber/Volkmar Köhler/
Carsten Kreklau/Armin Laschet/Werner Link/Ruprecht Polenz:
Globalisierung und Politik

42. Jörg-Dieter Gauger/Donate Kluxen-Pyta/Lothar Kraft/Klaus Rosen
Philosophie als Argument
43. Brigitte Baumeister/Hilmar Kopper/Günter Rinsche/Rudolf Seiders/
Hans Tietmeyer/Paul B. Wink/Matthias Wissmann:
Wirtschaft trifft Politik. Die Europäische Währungsunion
44. Rudolf van Hüllen/J. Kurt Klein/Gerd Langguth/Reinhard Rupprecht:
Linksextremismus – eine vernachlässigte Gefahr
45. Hans Jürgen Rösener/Hermann Sautter/Gerhard Stoltenberg/
Manfred E. Streit/Christian Watrin:
Soziale Marktwirtschaft in der Bewährung
46. Hermann Lübke/Elisabeth Noelle-Neumann/Hans-Peter Repnik:
Werte im pluralistischen Staat
47. Willi Erl/Dileep Padgaonkar/Hassan Ragab/Winfried Scharlau/
Dieter Weirich:
Informationsgesellschaft und Demokratie
48. Alexander Böhm/Herbert Helmrich/Josef Kraus/Fred Krause
Ralf Schmidt/Johannes Schwarte/Hans-Dieter Schwind:
Jugendkriminalität – Herausforderung für Staat und Gesellschaft
49. Edda Ahrberg/Roger Engelmann/Karl Wilhelm Fricke/
Joachim Gauck/Vera Lengsfeld/Peter Sense:
Die Akten und die Wahrheit

Sonderheft:

Konrad-Adenauer-Stiftung/Internationale Zusammenarbeit:
Menschenrechte im interkulturellen Dialog

In Vorbereitung (Arbeitstitel):

Bevölkerungsentwicklung und Entwicklungspolitik
Erziehung zur Gemeinschaft
Politische Bildung